Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407

Nr. 245 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Freitag, den 24. Oktober 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Die Schuld an der Kriegsverlängerung.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung setzte am Mittwoch vormittag die Verhandlungen fort. Neben dem früheren Reichskanzler Bethmann Hollweg und dem früheren Vizekanzler Helfferich war am Zeugentisch auch der frühere Staatssekretär des Auswärtigen, Zimmermann, erschienen. Wie der Vorsitzende mitteilte, wird die nächste Sitzung voraussichtlich im Herrenhaussaal abgehalten werden. Die Vernehmung des Grafen Bernstorff wurde fortgesetzt. Auf Anfrage des Abgeordneten Dr. Quarck (Soz.) erklärte Graf Bernstorff, daß vom Tage der Versenkung der Lusitania an bis zur Versenkung der Sussex in Amerika niemals ein Augenblick gewesen sei, in dem keine deutsch-amerikanische Kontroverse bestand. Jedesmal, wenn wir glaubten, irgendetwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Versenkung oder etwas anderes, was alle Verhandlungen illusorisch machte. Während dieser Zeit hatte sich der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt. Hätte Wilson diesen Handel gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Darum lehnte es Wilson auch immer ab, die bewaffneten Handelsschiffe aus den amerikanischen Häfen fernzuhalten. Auf Fragen der Sachverständigen Professor Schäfer und Professor Dr. Hoetzsch bestätigte Graf Bernstorff, daß zunächst gerade Belgiens wegen die öffentliche Meinung in Amerika gegen Deutschland aufgebracht gewesen wäre. Bei der Friedensvermittlung hätte man unter allen Umständen die volle Wiederherstellung Belgiens verlangt. Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth, ob Wilson positiv eine Wiederherstellung Belgiens verlangt hätte, erwiderte Graf Bernstorff, daß wenn wir erklärt hätten, Belgien nicht annektieren zu wollen, Wilson dies für den Beginn seiner Friedensverhandlungen als genügend betrachtet haben würde. — Abg. Dr. Schücking fragte, durch welche anderen Umstände außer dem U-Bootkrieg und der Deportation der Belgier die amerikanische Stimmung gegen uns beeinflußt worden sei. Graf Bernstorff erwiderte, daß es sich da um die

sogenannten „deutschen Verschwörungen"

gehandelt habe. Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Cohn, welcher Art diese Verschwörungen gewesen wären, erwiderte Graf Bernstorff, daß nach seiner Auffassung Verschwörungen nicht bestanden hätten. Aber einzelne vorgekommene Handlungen waren tatsächlich mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten nicht in Einklang zu bringen. Abg. Dr. Schücking fragte, ob diese Vorfälle gemeine Verbrechen mit politischen Motiven dargestellt hätten. Graf Bernstorff erwiderte, daß die Verurteilung erst erfolgte, nachdem er die Vereinigten Staaten verlassen hatte. Es handle sich um die beiden deutschen Konsuln und den Herrn Rinteln. Inwieweit diese Herren überführt worden seien oder nicht, wisse er nicht, nur sollten einige Sabotage getrieben haben. Graf Bernstorff bestätigte, daß der deutsche Marine- und Militär-Attaché auf Grund solcher Angaben abberufen werden mußte. Weiterhin war die Rede von der Tätigkeit Deutscher Agenten und Graf Bernstorff nannte als einen solchen den Kapitänleutnant Rinteln, der sich auch an ihn herangemacht habe. Auf mehrmalige Anfrage in Berlin erhielt Graf Bernstorff schließlich ein Telegramm des Staatssekretärs von Jagow, wonach er die Agentenschaft Rintelns kategorisch dementieren sollte. Auf Anfrage des Abg. Gothein erklärte Graf Bernstorff, daß er auch heute noch nicht die Aufträge Rintelns kenne. Er könne unter seinem Eide sagen, daß er nicht wisse, ob jemals Fälle von Sabotage vorgekommen seien, wie es in Amerika allerdings behauptet worden wäre, wie z. B. Bombenlegen auf Handelsschiffen aller Nationen und Indieluftsprengen von Munitionsfabriken. Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth erklärte Graf Bernstorff positiv, daß das Auswärtige Amt sicher nicht hinter solcher Sabotage gestanden hätte. Auf Anfrage Dr. Sinzheimer teilte Graf Bernstorff mit, nach anfänglicher Weigerung habe ihm die amerikanische Regierung gesagt, es hätte sich nachweisen lassen, daß Rinteln eine halbe Million Dollar von dem deutschen Marine-Attaché Boy-Ed erhalten habe. Auf die offiziellen Beziehungen der amerikanischen Regierung zu Deutschland und insbesondere auf die persönlichen Beziehungen amerikanischer Regierungskreise zu dem Grafen Bernstorff haben diese angeblichen „Verschwörungen" zunächst gar keinen Einfluß geübt. Auf Anfrage von Professor Bonn erklärte Graf Bernstorff, daß, als Staatssekretär Lansing von ihm die Abberufung des deutschen Militär- und Marine-Attachés verlangte, er sofort ihn fragte, ob auch er durch die Tätigkeit dieser beiden Herren kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung dies glaube, würde er sofort seine Abberufung beantragen. Damals hat aber Staatssekretär Lansing kategorisch geantwortet: „Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt." Er würde es außerordentlich bedauern, wenn Graf Bernstorff Washington verließe, da er mit allen wichtigen Verhältnissen vertraut wäre. Diese Aeußerung Lansings habe Oberst House zwei Tage später in noch schärferer Form ihm gegenüber wiederholt. Abgeordneter Gothein fragte, ob die Stellung des Militär- und Marine-Attachés völlig selbständig war und sie dem Botschafter nicht untergeordnet waren. War das allgemein so oder nur bei der deutschen Botschaft? — Graf Bernstorff: Die Stellung der Militär- und Marine-Attachés war immer zweifelhaft. In allen militärischen Fragen unterstanden sie direkt ihren Behörden, während Berichte politischer Natur durch die Botschaft gehen mußten. Darauf habe ich stets gehalten. Während des Krieges aber hatte sich die Lage insofern verschoben, als die Attachés nach New York übersiedelten. Ich habe auf die beiden Herren nur insofern Einfluß gehabt, als ich sie hin und wieder in New York sprach. Im übrigen handelten sie vollkommen selbständig und waren auch nicht auf das Geld der Botschaft angewiesen. — Abg. Gothein: Lagen die Verhältnisse bei den anderen Botschaften ähnlich? — Graf Bernstorff: Aehnliche Verhältnisse herrschten überall. — Abg. Gothein: War bei der räumlichen Entfernung eine Kontrolle über die Attachés überhaupt möglich? — Graf Bernstorff: Eine direkte Kontrolle war natürlich nicht möglich. Ich habe aber mit den beiden Herren stets in voller Harmonie gearbeitet und ich glaube, daß sie selbständig politische Berichte nicht abgeschickt haben. Aber ich weiß das nicht. — Abg. Dr. Schücking: Wilson führte in einer Botschaft an den Kongreß Klage über verbrecherische Umtriebe von Deutschen. Graf Bernstorff: Das bezog sich nur auf Deutsch-Amerikaner, nicht auf Reichsdeutsche. Ich habe später im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt eine Erklärung erlassen, wonach sich die in den Vereinigten Staaten lebenden Deutschen unter allen Umständen den Gesetzen des Landes unterzuordnen hätten. — Abg. Dr. Sinzheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als Zeichen der Schwäche gedeutet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Angebot

in völliger Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung

verfaßt worden ist? — Graf Bernstorff: Mir ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden. Irgend welche Aufträge waren an die Mitteilungen nicht geknüpft. — Abg. Dr. Sinzheimer: Ich stelle auf Grund der Akten fest, daß jenes Friedensangebot in voller Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zustandegekommen ist, daß diese an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger Uebereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

Vorsitzender Warmuth: Wir kommen nunmehr zu der Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. — Graf Bernstorff: Wilson hielt trotz unseres Friedensangebotes an der Friedensvermittlung fest. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons absolut als pro-deutsch angesehen. Die ganze Presse schrieb in diesem Sinn und die Stimmung in Washington war ebenso. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden. Zu dieser Auffassung bin ich vor allem durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt gekommen, worin gefragt, warum ich noch von Friedensvermittlungen Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr bestände. — Vorsitzender Warmuth: Woraus schließen Sie, daß die deutsche Regierung von einer Friedensvermittlung Wilsons nichts wissen wollte? In seinem Friedensangebot heißt es doch ausdrücklich, es solle kein Frieden so geschlossen [illegible] dieren. — Graf Bernstorff: Die Note war absichtlich unsicher und tastend gehalten, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Note vom 26. Dezember nichts an dem Verhalten unserer Regierung änderte. Heute bin ich aber anderer Auffassung. — Vorsitzender Warmuth: Wilson legte auf die Mitteilung der Friedensbedingungen also keinen ausschlaggebenden Wert. — Graf Bernstorff: Aber Wilson hat natürlich geglaubt, daß wir schließlich unsere Bedingungen mitteilen würden. — Abg. Sinzheimer: Ich stelle fest, daß das Kernstück der Note Wilsons vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegführenden ist, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Antwortnote wird aber diese Bitte Wilsons überhaupt nicht erwähnt, und daraufhin telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lansing ihn nunmehr gebeten habe, ihm wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen. — Graf Bernstorff: Das ist richtig. — Abg. Dr. Sinzheimer: Staatssekretär Zimmermann erwiderte zwei Tage vor dem U-Boot-Krieg, Graf Bernstorff möge diese Frage diktatorisch behandeln. — Graf Bernstorff: Daraus habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte wie bisher. — Abg. Dr. Sinzheimer: In einem Telegramm des Kaisers an den Staatssekretär Zimmermann vom 16. Januar 1917 heißt es wörtlich: **„Allerhöchst dieselben legen gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen."** (Bewegung.) Auf Grund dieses Telegramms und jetziger Veröffentlichungen sind Sie also zu der Auffassung gekommen, daß diese Wilsonsche Friedensvermittlung von uns beseitigt werden sollte. — Graf Bernstorff: Jawohl. — Professor Bonn: Ich kann feststellen, daß die Aeußerungen des Kaisers und der Schriftwechsel mit Zimmermann nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sind. (Graf Bernstorff verneint.) Damit scheidet die Möglichkeit aus, von Ihnen Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen zu erhalten. — Graf Bernstorff: Das ist vollkommen richtig. Heute nehme ich an, daß diese Note die Friedensvermittlung Wilsons beenden sollte. — Professor Bonn: Sind Ihnen die deutschen Friedensbedingungen in einer nichtkonkreten Form mitgeteilt worden? — Graf Bernstorff: Mit Ausnahme des Telegramms, in dem gesagt wird, daß Belgien nicht annektiert werden soll, nicht. — Vorsitzender Warmuth: Die Friedensbedingungen sollen im Gegensatz zu denen der Entente maßvoll gewesen sein? — Graf Bernstorff: Sie waren sehr maßvoll. Lansing erwiderte mir sogar, er verstände nicht, warum wir nicht ebenso viel forderten wie die anderen. Man könnte sich dann auf der Mitte einigen. Abg. Dr. Cohn: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht? — Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verschärften U-Boot-Krieges. — Abg. Dr. Cohn: Bezog sich die Lansingsche Erklärung über die zu mäßigen Friedensbedingungen auch auf Belgien? — Graf Bernstorff: Nein. — Eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen. — Abg. Dr. Cohn: Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen sollten, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember vereinbart wurden? — Graf Bernstorff: Das höre ich heute zum ersten Male. Im übrigen hat diese Sache nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges keine Rolle mehr gespielt. — Geheimrat Schäfer: Dachte Wilson, als er von den kleineren und schwächeren Völkern sprach, nur an Belgien oder auch an Griechenland? — Graf Bernstorff: Ich persönlich nehme an, daß er Belgien meinte.

Nunmehr wird die Frage der Ententeablehnung zur Verhandlung gestellt. Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit Wilsons Vertreter in Betracht kommen, habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst

Die Folgen der Blockade.

Berlin, 24. Oktober. Wie grausam die Ostseeblockade ist, weist die „D. Allgem. Ztg." nach: Die Ostseefischer sind in großer Empörung. Die Kohlenversorgung Ostpreußens ist trostlos. Die Reichsregierung kann Eisenbahnwagen zu Kohlentransporten nach Ostpreußen nicht in genügender Zahl zur Verfügung stellen, da diese für Lieferungen für die Entente gebraucht werden. So sind deutsche Familien dem Hungertode ausgeliefert, während die Entente unerbittlich auf die Kohlenlieferungen besteht. Die Blockade gefährdet auch die Kartoffelversorgung Mitteldeutschlands. Dazu kommt das Ausbleiben von Lebensmitteln, Fleisch, Kartoffeln, sowie Erzen aus den neutralen Ländern. Die Aufhebung der Blockade muß unbedingt verlangt werden, denn ihre Folgen sind von unabsehbarer Wirkung auf die Volksgesundheit und die Volkswirtschaft.

Infolge der Sperre über die deutsche Schiffahrt in der Ostsee hat dort auch die Minensucharbeit eingestellt werden müssen. Die deutsche Marinekommission hat der interalliierten Marinekommission die planmäßige Fortsetzung der Arbeiten im Interesse der nationalen Schiffahrt vorgeschlagen.

Die Koalitionsbedingungen in Oesterreich.

Bekanntlich haben auch die radikalen Sozialisten Oesterreichs ein Regierungskompromiß mit den Christlichsozialen (Zentrum) geschlossen. Interessant sind die Bedingungen, unter denen dieses Kompromiß zustande gekommen ist. Zwischen den beiden Parteien ist eine schriftliche Vereinbarung geschlossen worden, die zunächst folgende allgemeine Grundsätze enthält: Zur Lösung der dringenden Aufgaben, insbesondere der staatsfinanziellen und der Verfassungsfrage, ist die Koalition notwendig. Die beiden Parteien sind einig darüber, ihr Verhalten auch außerhalb der Regierung so zu regeln, daß das Zusammenarbeiten in der Regierung möglich bleibt. Für die allgemeine Politik der Regierung und für die Regierungshandlungen, die einvernehmlich beschlossen worden sind, tragen beide Parteien solidarisch die Verantwortung. Es ist unzulässig, daß eine Partei die Verantwortung vor der Oeffentlichkeit abzuwälzen versucht; die Fraktionen übernehmen die Verantwortung für alle von ihren Mitgliedern ausgehenden parlamentarischen Aktionen. Die beiden Parteien werden ihre Presse in den Ländern und Gemeinden in dem Sinne zu beeinflussen bemüht sein, daß sie durch die Form ihrer politischen Kämpfe die Zusammenarbeit in der Staatsregierung und in der Nationalversammlung nicht gefährden. Im besonderen werden beide Parteien ihre Angehörigen in geeigneter Weise darauf aufmerksam machen, daß es **nicht angeht, wirtschaftliche Notstände, wie Ablehnung von Gehalts- und Lohnforderungen, die aus finanziellen Gründen nicht erfüllbar sind, parteipolitisch auszunutzen.** Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den koalierten Parteien bestimmen beide eine gleiche Anzahl von Vertretern, die auf Verlangen einer der beiden Parteien oder der Regierung zu Besprechungen zusammentreten. — Dann folgen eingehende Bestimmungen über die einzelnen Angelegenheiten, vor allem über die Finanzreform und die einmalige Vermögensabgabe.

Das Reichsnotopfer in der Kommission angenommen.

WTB. Berlin, 23. Okt. Der Gesetzentwurf betreffend das Reichsnotopfer wurde heute im Steuerausschuß der Nationalversammlung in zweiter Lesung mit 17 gegen 4 Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0001

zu nehmend ansehe. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, uns zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. — Professor Bonn: Sie erwähnten, von amerikanischer Seite sei gesagt worden, die Entente versuche, uns durch maßlose Friedensbedingungen in eine U-Boot-Falle zu locken. Hatten Sie dabei eine bestimmte Persönlichkeit im Auge? — Graf Bernstorff: Ich habe mit Oberst House über alle Möglichkeiten und Fragen vertraulich gesprochen. Dabei ist öfter jene Auffassung laut geworden. — Professor Bonn: Das sind Aeußerungen des Obersten House? — Graf Bernstorff: Ja. — Vorsitzender Warmuth: Mußte nicht die Rücksicht auf den amerikanischen Handel zurücktreten gegenüber der viel wichtigeren Friedensfrage? — Graf Bernstorff: Die Interessen des Handels sind gleichbedeutend mit denen der Industrie. [illegible] Wiederwahl hatte ich die Situation wesentlich ge[illegible] auf Grund des Programms, den Frieden erhalten zu w[illegible] und die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten zu e[illegible]. Parmater war auch die Schaffung einer großen Handelsflotte zu stehen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr [illegible] feindlich wie früher gegen einen für uns günstigen Frieden.

Abg. Dr. Sinzheimer: War die [illegible] Ansicht vorhanden, daß die Entente auf die Friedensvorschläge Wilsons eingehen würde? — Graf Bernstorff: Wilson hat es mir immer sagen lassen, er würde die Friedensvermittlungen nur bei gegründeter Aussicht auf Erfolg vornehmen. — Abg. Dr. Sinzheimer: Wie steht es mit dem Kreuzverhör Wilsons im Senat? — Graf Bernstorff: Diese Frage führt auf das Gebiet der Psychologie — Unter meinem Eide kann ich nicht sagen, was Wilson gedacht hat. Nach meiner Erinnerung lautete die Frage an Wilson: Glauben Sie, daß unsere moralische Auffassung über die deutsche Schuld am Kriege uns auch in den Krieg hineingebracht hätte, wenn Deutschland nicht unsere Untertanen und unser Handel in unerhörter Weise angegriffen hätte. Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich hoffe es. Auf die Frage: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingekommen wären, selbst wenn Deutschland sich nicht speziell gegen uns vergangen hätte, antwortete Wilson: Ich nehme es an.

Auf Vorschlag von Professor Bonn wird beschlossen, den englischen Text über die Vorgänge im Senat in der morgigen Sitzung vorzulesen und diese Aussprache für jetzt zurückzustellen.

Auf Fragen des Professor Bonn erwidert Graf Bernstorff: Wilson wollte einen Anschluß abwarten, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Andererseits wußte er, daß die Entente mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg rechnete. Deshalb hat er immer gesagt, er fange keine Friedensvermittlung an, solange irgendwelche Kontroverse mit Deutschland vorhanden sei. — Abg. Dr. Sinzheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln? — Graf Bernstorff: Ja. — Abg. Dr. Sinzheimer: Sollte es kein Friede zuwinnen der Entente sein? — Graf Bernstorff: Wilson sagte am 22. Januar, es soll

ein Friede ohne Sieg erreicht werden.

Ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung im vollen Umfange behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Mittler. — Professor Bonn: Im Sommer 1916 hat Wilson sich eine ganze Anzahl Kampfmittel wirtschaftlicher Art, z. B. gegen die schwarzen Listen bewilligen lassen. Wir müssen feststellen, ob er versucht hat, sich damit wirtschaftliche Machtmittel gegen die Alliierten zu schmieden. Die Rede Wilsons vom 22. Januar ist als ein besonders feierlicher Akt anzusehen, denn sie wurde schon vorher nach Europa telegraphiert. Tags zuvor erhielt ich die Mitteilung, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet werde. Ich versuchte, noch im letzten Augenblick einen Aufschub zu erreichen. Als ich die Mitteilung überbrachte, wußte er sicherlich noch nichts davon. Auf eine Anfrage Dr Sinzheimers erklärt Graf Bernstorff: Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, wobei uns auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebietes zugemutet worden wäre.

Hierauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sie werden am Donnerstag im gleichen Saale fortgesetzt.

Schluß gegen 1 Uhr.

Der vierte Unterausschuß des Untersuchungsausschusses.

Wie die „P. P. N." aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wurde beschlossen, daß der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses, dessen Vorsitzender Abg. Landsberg (Soz.) ist, der ursprünglich nur die völkerrechtswidrigen wirtschaftlichen Maßnahmen untersuchen sollte, alle völkerrechtswidrigen Maßnahmen, die während des Krieges in Belgien getroffen wurden, zu prüfen haben wird, gleichviel ob auf militärischem oder auf wirtschaftlichem Gebiete.

Die Hetze gegen den Untersuchungsausschuß.

Je unangenehmer die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß der alldeutschen Presse werden, desto mehr speit sie Gift und Galle gegen die ihr unbequeme Einrichtung, desto mehr sucht sie die Tätigkeit des Ausschusses durch niedrige Verdächtigungen herunterzureißen. Einen Rekord stellt hierbei die „Tägliche Rundschau" auf, die den Untersuchungsausschuß mit der Zentrale für Heimatdienst, der amtlichen Propagandastelle, in Zusammenhang bringt und schreibt:

„Der Heimatdienst bekämpft die vaterländisch denkenden Deutschen mit Geldern, die er auch von ihnen selbst erpreßt. Der Untersuchungsausschuß arbeitet auch auf allgemeine Kosten, aber seine Propaganda dient nicht nur den regierenden Parteien, sondern soll vor allem der Entente zugute kommen. Eine hundsföttische Knechtsgesinnung schnüffelt nach Material, das sich gegen Deutschland verwenden läßt. ... Es ist doch keine objektive Verhandlung; es ist ein Kampf mit Nägeln und Zähnen, ein Parteikampf, in dem die Kräfte 23:5 stehen, ein Kampf, den die Zugrunderichter unseres Reiches gegen die Wahrheit führen, um ihr Ansehen vor dem betrogenen Volke zu retten."

Daß die Alldeutschen die Aufdeckung ihres Treibens als einen Kampf gegen Deutschland bezeichnen, zeigt, daß diese Herren noch immer an dem Größenwahn leiden, ihre Clique stelle das deutsche Volk vor. Das deutsche Volk bedankt sich dafür, mit dieser Verbrecherbande identifiziert zu werden. Das Geschrei der „Täglichen Rundschau" über mangelhafte Objektivität wirkt besonders komisch, ist doch der Vorsitzende des Ausschusses ein Alldeutscher, und ist doch von den vier Sachverständigen der eine, Diedrich Schäfer, die größte wissenschaftliche Leuchte der Alldeutschen, und ein zweiter, Herr Poetzsch, regelmäßiger Mitarbeiter der „Kreuzzeitung". Wenn man da über mangelhafte Objektivität schimpft, so zeigt das, wie faul die Aktien stehen.

Goldne Worte.

„Um sozialisieren zu können, muß die Produktion in Gang gebracht, muß sie gesteigert und möglichst intensiv gestaltet werden, und darum müssen — es handelt sich um ökonomischen Zwang, der unwiderstehlich ist, wie sonst immer die Politik gestellt sein möge — bestimmte ökonomische Bedingungen erfüllt sein. Was wir vor allem brauchen, sind Rohstoffe für unsere Industrien, diese Rohstoffe können wir nicht anders bekommen, als, indem wir sie bezahlen, und zahlen können wir nur mit Ware. Wir brauchen also Wiederbelebung des Exporthandels, der Einfuhr und der Ausfuhr ..." Es ist für die deutsche Wirtschaft eine Lebensfrage, in möglichst großem Umfang zu exportieren, denn davon hängt die Versorgung mit Lebensmitteln, mit Kraftfutter, mit Baumwolle und Kupfer ab, ohne die wir nicht existieren können, und existieren müssen wir doch wohl, um sozialisieren zu können. Wir brauchen also den Export und damit schleunigste Aufnahme und Steigerung der Produktion in den Exportindustrien ...

Es ist aber ganz unmöglich, den Exporthandel etwa sofort zu übernehmen und zu vergesellschaftlichen. Dazu ist er zu zerklüftet, dazu sind die Handelsbeziehungen zu kompliziert, ihre Einzelheiten sind Geschäftsgeheimnisse der Industriellen und Kaufleute. Hier müssen wir zunächst von andern als sozialpolitischen Maßnahmen absehen. Wir dürfen uns also nicht darüber täuschen, daß wir hier den Kapitalisten die Fortführung der Unternehmungen überlassen müssen. Das bedeutet aber zugleich, daß wir in solchen Zweigen zunächst den Profit nicht vollständig beseitigen können.

Die Wiederaufnahme der Exportindustrie erfordert aber bestimmte Bedingungen, denn die Preise für ihre Waren bestimmt der Weltmarkt. Preiserhöhungen haben hier ihre bestimmten Grenzen, deshalb aber auch die Lohnforderungen. Hier waltet Zwang, Zwang, der überwunden werden muß im weiteren Fortschritt des Sozialismus. Aber diese Ueberwindung fordert Zeit, und diese Zeit müssen die Arbeiter der sozialistischen Gesellschaft geben im eigenen, im Gesamtinteresse. Dasselbe gilt aber auch für andere Produktionszweige. Es ist nicht Sozialismus, wenn der ganze Profit den Arbeitern zufällt, die gerade in einem bestimmten Betrieb beschäftigt sind ...

Forderungen, die in der Uebergangszeit das ganze Ergebnis des Betriebes aufzehren oder es übertreffen, hemmen die Sozialisierung und expropriieren nicht den Kapitalisten, sondern entziehen auch der sozialistischen Gesellschaft zugunsten einzelner Arbeitergruppen die Mittel, die der Gesamtheit gehören.

Vor allem aber kann es jetzt keinen Stillstand der Produktion geben. Die Volkswirtschaft schreit nach den Jahren fürchterlichster Zerstörung nach produktiver Arbeit ... Deshalb sind Arbeitseinstellungen augenblicklich kein geeignetes Mittel des Klassenkampfes. Die Arbeiter haben ja die Macht, ihre Forderungen, soweit der ökonomische Zwang es zuläßt, durchzusetzen. Diese Macht sollen sie jetzt gebrauchen, aber die Produktion einstellen, heißt heute nicht so sehr die Kapitalisten zwingen, als die eigene Sache gefährden ...

Wir haben stets gesagt — und die Unabhängige Partei hat daran in den schlimmsten Kriegszeiten festgehalten, daß nicht die momentanen, sondern die bleibenden, für die Zukunft entscheidenden Klasseninteressen die Politik des Proletariats bestimmen müssen, wie in der Politik, so in der Oekonomie, und so darf sich jetzt auch das Proletariat nicht von den unmittelbaren materiellen Interessen des einzelnen leiten lassen, sondern es muß im Widerstand gegen alle egoistischen Versuchungen das proletarische Gesamtinteresse im Auge behalten ... Es kann Augenblicke geben, wo die Fortführung der gesellschaftlichen Produktion gerade im Interesse des Proletariats unbedingte Notwendigkeit ist. Das ist jetzt der Fall ..."

Wo das steht, fragt ihr? Das steht zu lesen in der unabhängigen „Freiheit" vom 28. November 1918. Heute sind die Unabhängigen mit ihrer Auffassung von der Sozialisierung bei den Kommunisten angekommen, wie sie auch in der Anwendung der politischen Kampfmittel den Spartakisten an Verantwortungslosigkeit nicht mehr nachstehen. Und wenn heute mehrheitssozialistische Blätter die obigen Anschauungen vertreten, dann werden sie von der unabhängigen Presse des Verrats an der Revolution bezichtigt!

Fortsetzung der Denunziation.

Unter der Ueberschrift „Nur nicht verschleiern" glaubt die „Freiheit" von einer amtlichen Irreführung über die deutsche Heeresstärke reden zu dürfen. Sie behauptet, daß die kürzlich im „Armeeverordnungsblatt" veröffentlichte Aufstellung über die Stellenbesetzung in der künftigen 200 000-Mann-Armee einen großen Teil der tatsächlich noch bestehenden Formation verschwiegen habe. Die Absicht der Irreführung dürfte hier einzig, aber desto vollkommener auf seiten der „Freiheit" bestehen. Jedermann weiß, daß wir zuletzt etwa 400 000 Mann Reichswehr hatten. Noske hat das öffentlich erklärt. Es kann heute hinzugefügt werden, daß sich diese Zahl bereits wesentlich unter 400 000 hält. Die Angaben des „Armeeverordnungsblattes" bezogen sich aber, wie jedermann, der auch nur halbwegs etwas von diesen Dingen versteht und nicht absichtlich falsch lesen will, weiß, auf die uns künftighin durch den Friedensvertrag zugebilligte Armee von 200 000 Mann. Es muß festgestellt werden, daß die Darstellung der „Freiheit" abermals als eine an die Adresse des Auslandes gerichtete Denunziation erscheint. Es wird nicht das Verdienst des Blattes der Unabhängigen sein, wenn hieraus eine für das deutsche Volk schmerzliche Wirkung nicht entsteht.

Geyer Vater Herr Doktor Geyer Sohn.

Geyer Vater und Geyer Sohn sind beide Unabhängige und beide gehören der radikalsten Spielart an. Beide Herren sind auch Mitglied der Nationalversammlung für Leipzig. Der Unterschied zwischen den beiden besteht nicht nur darin, daß der eine der Vater und der andere der Sohn ist, sondern, der Vater war früher einmal Zigarrenmacher und ist jetzt Unternehmer, der während des Krieges als Heereslieferant nicht ärmer geworden ist. Der Herr Sohn ist nicht mehr Proletarier, sondern gelehrter Herr Doktor. Darauf ist Herr Dr. Geyer unbändig stolz. In der Freitag-Sitzung der Nationalversammlung stießen wieder einmal die Unabhängigen mit dem Wehrminister Noske hart zusammen. Da nahm auch Herr Dr. Geyer (also der junge Geyer) das Wort, das ihm der Präsident mit den Worten erteilte: „Das Wort hat Herr Abgeordneter Geyer-

Kleines Feuilleton.

Sommerbild von Friedrich Hebbel.

Ich sah des Sommers letzte Rose stehn,
Sie war, als ob sie bluten könne, rot;
Da sprach ich schauernd im Vorübergehn:
So weit im Leben ist zu nah am Tod!

Es regte sich kein Hauch am heißen Tag,
Nur leise stritt ein weißer Schmetterling;
Doch ob auch kaum die Luft sein Flügelschlag
Bewegte, sie empfand es und verging.

Die größte Eishöhle der Welt — im Tännengebirge bei Salzburg. Die Sektion Salzburg des Vereins für Höhlenkunde in Oesterreich schreibt: Kürzlich gelang es einer Expedition der Sektion Salzburg des Vereins für Höhlenkunde in Deutsch-Oesterreich, in die von Posselt entdeckte und von Mörk weiter erforschte „Eiriesenwelt" im Tännengebirge weiter vorzudringen. Ueber hohe Eiswälle, an prachtvollen Eisgebilden vorbei, an einer längeren Stelle gegen wilden Sturm, inmitten von Eiswänden kämpfend, konnte zu riesigen Domen mit blanken Eisfeen der Durchgang erzwungen werden. Der Hauptgang zeigt sich dann, noch verschiedene kleinere Eisberge aufwerfend, als trockener Riesenstollen quer ins Tännengebirge hinein. Mächtige Seitengänge, Stollen und Riesenkamine zweigen davon ab, die noch viel Forscherarbeit leisten werden. Kilometerweit wurde der Hauptgang verfolgt, sein Ende konnte noch nicht erreicht werden, denn 4stündige, angestrengteste Arbeit zwang zur Umkehr. Die zugleich vorgenommenen Vermessungen ergaben, daß sowohl die Länge, als auch die Mächtigkeit der Räume und Großartigkeit der Räume und Großartigkeit der Eisgebilde alles bisher in Europa bekannte, auch die ob ihrer Schönheit berühmte Dachstein-Rieseneishöhle, weit übertrifft. Wahrscheinlich dürfte es sich um das unterirdische Flußbett der Palaco-Salzach handeln, deren Wassermassen dieses riesige Höhlenistem erodierten.

Die deutsche Bevölkerungsfrage. Das bayrische Statistisch Landesamt hat jetzt in seiner Zeitschrift die Ergebnisse der bevölkerungsstatistischen Feststellungen für Bayern während des Krieges veröffentlicht, die eine allgemeine Beachtung verdienen. Die Grundtatsachen besagen, daß die Bevölkerung durch den Krieg dermaßen beeinflußt worden ist, als ob ein Jahr überhaupt keine Eheschließungen stattgefunden hätten, während 2 voller Jahre überhaupt keine Kinder geboren worden wären und während 3 ganzer Jahre doppelt soviel Menschen gestorben wären wie unter den gewöhnlichen Verhältnissen für den Friedenszeit. Von den Einzelheiten wäre noch hervorzuheben, daß der Geburtenausfall während des Weltkrieges 20mal größer gewesen ist als der während des Krieges von 1870/71. Besonders groß ist die Sterblichkeit gerade des weiblichen Geschlechts gewesen. Die Säuglingssterblichkeit, die bis zum Jahre 1917 noch verhältnismäßig günstig gewesen war, ist seitdem erschreckend schnell gestiegen und hat in manchen Landesteilen 20 Prozent erheblich überschritten. Der Bevölkerungsverlust für Bayern allein, soweit er unmittelbar als Folge des Krieges bezeichnet werden muß, wird auf rund 550 000 Seelen angegeben. Wenn diese Ermittlungen einer entsprechenden Berechnung für das ganze Reich zugrunde gelegt werden, so ergibt sich, daß während des Krieges über 800 000 Ehen weniger eingegangen, über 4 Millionen Kinder weniger geboren und über 700 000 Zivilpersonen durch die Hungerblockade getötet wurden. Die reichsamtliche Schätzung der Opfer der Hungerblockade nennt etwa 800 000, was durch die schlechteren Ernährungsverhältnisse in Norddeutschland gerechtfertigt wird.

Der Neue-Welt-Kalender. Der in seinem vierundzwanzigsten Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1920 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderm: Kalendarium. — Rückblick. — Beachtenswerte Adressen. — Postalisches. — Unsere Toten (mit Porträts). — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Claus Wieding. Erzählung von August Winnig (mit Illustrationen). — Desmoulins und die Pressfreiheit. Ein militärischer Märzgefallener. Ein Leichenbegängnis aus der englischen Revolution. — Weimar. Fünf Monate deutsche Nationalversammlungstätigkeit, dargestellt von Louise Schroeder (mit Illustrationen). — Der Eine und die Vielen. (Nach einer alten französischen Parabel.) — Last uns das Leben neu aufbauen! Gedicht von L. Lessen. — Platatrufe der Revolutionszeit. Von F. Diederich (mit Illustrationen). — Meister Anton und sein Rabe. Erzählung von Ernst Heilborn (mit Illustrationen). — Der alte und der neue Glaube. Gedichte von Robert Seidel. — Das Handwerkszeug des Diplomaten. Von Fritz Hansen. — Die Diktatur. — Berlin in den Tagen der Revolution. Von Gust. Reinke (mit Illustrationen). — Revolution. Gedicht von S. Feldner. — Belgiens Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Von Adolf Werner. — Allerlei Statistik. — Vom Alkoholgenuß. Von Dr. A. Holitscher. — Menschenbilder. Skizze von K. Sänger (mit Illustrationen). — Lebensweisheit. — Friedrich Engels in seinem Briefwechsel mit Karl Marx. Von A. Conrady (mit Porträt). — Magnetismus und Licht (mit Abbildungen). — Zeitgemäße Erinnerungen. — Der Humor in der französischen Revolution (mit Illustrationen). — Fliegende Blätter. — Für unsere Rätsellöser. — Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier: „Die Heimat spricht", von E. Thönn, sowie ein Wandkalender. — Der Preis des Kalenders beträgt 80 Pfg.

Die „Kommunale Praxis", Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. Albert Südekum, hat mit Beginn des neuen Quartales eine Lesern und Mitarbeitern gleich wertvolle Neuerung eingeführt, indem sie den Abhandlungen Verzeichnisse der über das jeweilige Thema bereits veröffentlichten Artikel beifügt. Diese Liste ermöglichen es dem Leser, sich ohne zeitraubende Mühe in ergiebiger Weise in Spezialfragen zu unterrichten. Sie vertiefen gleichzeitig die Wirkung der in der Kommunalen Praxis veröffentlichten Arbeiten. Die soeben erschienene Nummer 41 trägt im Zeichen der Schulreform. Stadtrat Prof. Paul Oestreich schreibt über Wesen und Ziel der Bestrebungen der „entschiedenen Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen", deren kürzlich stattgehabte Berliner Tagung von unserer gesamten Tagespresse lebhaft besprochen worden ist. Genosse Oestreich steht an der Spitze dieser Bewegung; er ist auch zum Vorsitzenden des „Reichsbundes entschiedener Schulreformer" gewählt worden. Ein Artikel von Brumbg zeigt, wie der Aufbau unseres Bildungswesens auf der Grundlage unserer Einheitsschule, gekrönt von der Volkshochschule, möglich ist. Genosse Wilhelm Gucke tritt in einer Abhandlung ein für Ablösung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Gemeindevorsteher durch die hauptberufliche. In den „Mitteilungen" ist wie immer reichhaltiges Material zu praktischer Kommunalpolitik aus dem ganzen Reich zusammengetragen. Die Redaktion ist verlegt nach: Berlin-Friedenau, Kingstraße 39, Portal II. Zuschriften sind ohne Zusatz des Namens des Herausgebers dorthin zu richten.

Stadttheater. Heute, Freitag, gelangt Mozarts Oper „Die Zauberflöte" zur Aufführung. Sonnabend „Zar und Zimmermann", Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung „Einsame Menschen" (Kinder haben zu dieser Vorstellung keinen Zutritt). Sonntag abend Erstaufführung „Das Dorf ohne Glocke", Singspiel nach einer ungarischen Legende des Arpad Paizator von Eduard Künneke. Montag „Der Freischütz".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0002

Sohn." Da brauste aber der junge Geyer auf und erklärte tief empört: „Ich werde Doktor Geyer genannt!" Es läßt sich denken, daß das Parlament in stürmische Heiterkeit ausbrach, als der junge Mann so prompt auf seinen Doktortitel pochte. Der Herr Doktor empfindet es offenbar als eine Herabsetzung seiner mit akademischen Würden bedachten hohen Persönlichkeit, wenn er nur als der Sohn seines Vaters aufgerufen wird. Der Vater ist ja ein früherer Proletarier, wenn er auch heute zur besitzenden Klasse zählt; der Herr Sohn aber ist Doktor und war der radikale Vorsitzende des radikalen und unabhängigen Arbeiterrats. Der alte Geyer saß mit hochrotem Kopfe betreten auf seinem Platze, als sein Herr Sohn und Fraktionskollege so empört dagegen protestierte, nur als Geyer-Sohn, nicht aber als „Herr Doktor" angesprochen zu werden. Dieser junge Mann wird noch eine interessante Entwicklung durchmachen. Wo werden wir denn eines schönen Tages stehen und für wen werden wir ihn noch schreiben sehen und reden hören? Sein Parteifreund Seeger in Leipzig sagte in einer unabhängigen Verhandlung von ihm, solche hyperradikalen Brüderchen die enden gewöhnlich im bürgerlichen Lager.

Die reaktionäre Lügenbrut.

Eine öfter beobachtete Erscheinung bei der reaktionären Offiziersclique: Wenn ihr jemand, namentlich ein Aufgeklärter, aus ihrem eigenen Kreise politisch unangenehm wird, so scheut sich die Clique nicht, mit einer Flut gemeiner Verdächtigungen und Beschimpfungen über den Betreffenden herzufallen. Dieselben Leute, die jedermann vor die Pistole fordern, der nur im geringsten ihre Wahrheitsliebe anzuzweifeln wagt, erfinden und verbreiten mit dreistester Stirn die ungeheuerlichsten Lügen, um einen ihnen unbequemen Mann unmöglich zu machen oder kalt zu stellen.

Ein neues Beispiel für diese Taktik bildet die Angelegenheit des Fliegerleutnants Fritz Porten. Dieser, der Bruder der bekannten Filmschauspielerin, war gleich nach Ausbruch der Revolution Mitglied eines Soldatenrats geworden und machte aus seiner republikanischen Gesinnung kein Hehl. Die Folge war, daß die Offiziersclique ihn in der Oeffentlichkeit mit den schmutzigsten Beschimpfungen übergoß. Aus Offizierskreisen der Ostarmee wurden Zeitungsartikel gegen Porten verbreitet, in denen dieser beschuldigt wurde, den großen Flugzeugpark Wilna an die Bolschewisten verkauft und dabei Millionen in seine eigene Tasche gesteckt zu haben. Das Ermittelungsverfahren, das Porten gegen sich selber beantragt hat, hat ergeben, daß alles Lüge und Schwindel ist. Porten hat im Gegenteil das gesamte Flugzeugmaterial aus Wilna ordnungsgemäß zurückgebracht und in Deutschland der Inspektion der Fliegertruppe abgeliefert, er hat dem deutschen Volke Millionenwerte erhalten, wofür ihm größte Anerkennung und Dankbarkeit gebührt. Nicht der leiseste Schatten fällt auf die Ehre des Mannes, den die reaktionäre Clique als Gauner und Hochstapler hinzustellen versucht hat.

Nach diesem Fall lernt vielleicht die Oeffentlichkeit endlich die persönlichen Anschauungen etwas anders zu beurteilen, die mit regelmäßiger Pünktlichkeit auf jeden Menschen herabhageln, der in das Treiben der reaktionären Offiziersclique hineinleuchtet.

Protest der Ortsgruppe Berlin des „Republikanischen Führerbundes".

In der am 16. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des R. F. B. wurde nachstehender Entschluß angenommen: „Der R. F. B. erhebt energischen Protest dagegen, daß sich in letzter Zeit in steigendem Maße Angehörige bzw. ehemalige Angehörige des deutschen Volkes in den Straßen Berlins in Uniform herumtreiben, die Hoheitszeichen des zaristischen Rußlands tragen. Solches Verhalten ist nicht nur ungehörig und provozierend, sondern auch in ausgesprochenem Maße unnational und unwürdig eines jeden sein Volk liebenden deutschen Mannes. Der R. F. B. bedauert auf das lebhafteste, daß sich besonders deutsche bzw. ehemalige deutsche Offiziere und Unteroffiziere nicht scheuen, auf deutschem Boden Uniform und Hoheitszeichen fremder Staaten, die unserem republikanischen und deutschen Empfinden ins Gesicht schlagen, zur Schau tragen."

Wilhelm und Auguste.

Sie fühlen sich nicht wohl, die unglücklichen Einsiedler von Amerongen, wenn nicht ab und zu die Welt von ihnen redet. Für Auguste hat jüngst ihre treue Dienerin Margarete Behm von der Tribüne der Nationalversammlung Reklame gemacht, allerdings sehr unangebrachte, denn die Heimarbeiterinnen, als deren unermüdlichen Schutzengel Margarete Behm Auguste pries, haben ihren Lohntag von dieser kaiserlichen Fürsorge nicht das mindeste gemerkt.

Wilhelm macht wie gewöhnlich für sich selber Reklame. Er verklagt seinen ehemaligen Hofschauspieler und Lakaien Ferdinand Bonn wegen des undankbaren und geschmacklosen Kaiserfilms. Bonn ist eine Lektion wohl zu gönnen. Aber wie wird Wilhelm zumute werden, wenn Bonn vor Gericht den Wahrheitsbeweis antritt und all die erwiesenen und notorischen Taktlosigkeiten der ehemals geheiligten Person ans Licht der Oeffentlichkeit zerrt?!

Vom Betriebsrätegesetz.

Berlin, 23. Oktober. Im Betriebsrätеausschuß wurde folgender Regierungsvorschlag angenommen: Die Mitglieder des Betriebsrates werden in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Artikel 30, der bestimmt, daß durch Beschluß einer Mißbilligung durch eine Betriebsversammlung der Betriebsrat zurücktreten muß, wird durch Mehrheitsbeschluß gestrichen.

Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens.

WTB. **Berlin**, 23. Okt. Zum Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens, das gestern unterzeichnet wurde, erfährt das „Berl. Tagebl.": Es wurde festgelegt, daß gegen Lieferung von 75 000 Tonnen Kohlen monatlich nach Polen von diesem an Deutschland fukzessive 6 Millionen Zentner Kartoffeln für 16 Mark pro Zentner ab Reichsgrenze geliefert werden. Ferner etwa 70—80 000 Tonnen Mineralöle und bituminöse Produkte, eine Million Liter Spiritus und eine große Menge Gänse. Die Polen geben die Schiffahrt auf der Weichsel und den Nebenflüssen frei. Auch die Regelung des Eisenbahnverkehrs Ostpreußen-Innendeutschland wurde besprochen. Die endgültige Festsetzung der hierfür zukünftig geltenden Ordnung erfolgt demnächst. Voraussetzung für das Zustandekommen der obigen Abmachungen ist, daß die polnischen Verhandlungen, bei denen sich bekanntlich eine große Zahl strittiger Punkte ergab, zu einem befriedigenden Abschluß gelangen.

Heimkehr.

WTB. **Berlin**, 23. Oktober. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene meldet: In Brunsbüttel kam heute früh der Dampfer „Martha Woermann" mit 558 Kriegsgefangenen aus England an. In Bremerhaven traf heute der Dampfer „Rom" ein, der 469 Offiziere und 114 Mann aus England zurückbrachte. Morgen wird in Emden der Dampfer „Bagdad" mit 1233 Heimkehrern erwartet.

Landtagsverlegung. Wie wir hören, ist beabsichtigt, die Preußische Landesversammlung morgen auf acht Tage zu vertagen, um den Ausschüssen Zeit zur Arbeit zu geben. Am 4. November soll dann das Plenum zusammentreten.

Internationales Geld für die Gegenrevolution. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" ist ein internationales Bankkonsortium gegründet worden, das der Regierung Koltschak in Omsk finanzielle Hilfe im Betrage von 50 Millionen Dollar gewähren will.

Untreue „Revolutionäre". Wie WTB. meldet, ist der Vorsitzende des Roten Soldatenbundes in Leipzig und der Kassierer mit der Kasse (23 000 Mk.) durchgebrannt.

Hochschullehrerkammer in Oesterreich. Zur Beratung des Unterrichtsamtes in sachlichen Angelegenheiten des Hochschulwesens, sowie in Standesfragen der Hochschullehrer ist eine provisorische Hochschullehrerkammer eingesetzt worden.

Die Schweiz für die Blockade gegen Rußland. Der Bundesrat hat jetzt die Antwort auf die Note der Entente über die Blockade gegen Rußland festgesetzt. Darin wird darauf hingewiesen, daß die Schweiz bereits von sich aus alle wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der Sowjetregierung abgebrochen habe.

Beendeter Streik in Paris. Der Streik der Pariser Zeitungsausträger und Zeitungsspediteure ist beendet.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 23. Oktober.

Abg. **Reinecke** (Ztr.) begründet einen Antrag, die Verordnung auf Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten auf ihre Rechtsgültigkeit zu prüfen.

Minister Braun:

Die Entvölkerung Ostpreußens ist durch die starke Inanspruchnahme ausländischer Arbeiter hervorgerufen worden, mit denen der heimische Arbeiter nicht zusammen arbeiten will und daher auswandert. Der krasse Materialismus in landwirtschaftlichen Kreisen ist die Frucht der 25jährigen Tätigkeit des Bundes der Landwirte. Zur Sache des pommerschen Landarbeiterstreiks hat Herr von der Osten Mitteilungen gemacht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Was wurde denn in dem Vertrag des Landarbeiterverbandes Ungehörliches gefordert? Der Vertrag schlichtet für den verheirateten Arbeiter mit einem Einkommen von 2460 Mark. Sie nennen mich einen Parteiminister. Wie war es denn früher? Nicht vier Wochen lang hätte sich ein Minister ohne das Vertrauen der größten Partei halten können. Nun, und so ist es heute noch.

Abg. **Mehrhof** (U. S.): Der Grund und Boden, das Besitztum des freien Bauern, ist in Zukunft Spekulationsobjekt der Schieber und Kriegsgewinnler geworden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde zum Ruin des Volkes führen.

Abg. **Peters-Hochdonn** (Soz.): Der Minister hat durch seine Verordnung die Ernte gerettet. Die Verlegenheit ist zum großen Teil eine Folge der früheren Kanalgegnerschaft der Konservativen. Der Abgeordnete Westermann will die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil, wenn es nicht anders geht, müssen wir die Kontrolle und die Strafen gegen den Schleichhandel verschärfen.

Abg. **Lergbaus** (Dem.): Was Herr Westermann sagte, unterschreiben wir. Er hat keine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt, sondern nur ihren Abbau in der allernächsten Zeit.

Freitag 12 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen.

Die Eisenbahner sollen das Reich zugrunde richten.

Von Th. Kotzur, M. d. R., Sekretär des Eisenbahnerverbandes.

Mit einer Zähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, verfolgt der Spartakusbund das Ziel, die Eisenbahner als eine Sturmkolonne zur Eroberung der politischen Macht zu benutzen. Den Grund dafür finden wir in einem geheimen Rundschreiben ausgesprochen: „Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die, wie keine zweite, der Bourgeoisie ans Mark geht. Ein Eisenbahnerstreik setzt auf die Dauer eine starke Regierung matt, geschweige denn einen solchen halbverwesten Körper, wie die Regierung Ebert-Noske." Entsprechend dieser Auffassung, daß es mit Hilfe der Eisenbahner gelingen muß, die gegenwärtige republikanische Regierung zu stürzen, sucht der Spartakusbund mit allen Mitteln im Eisenbahnbetriebe festen Fuß zu fassen. Hier ist die Stelle, wo die politische Entscheidungsschlacht geschlagen werden soll, und deshalb werden hier alle verfügbaren Machtmittel zusammengezogen.

Eine Flut von „Aufklärungsschriften" wird täglich über die Eisenbahner ausgeschüttet, um sie für den letzten großen Kampf vorzubereiten. Es dürfte von Interesse sein, einmal in aller Kürze die „Aufklärungsarbeit" zu belenchten. Vorausgeschickt sei dabei, daß der Spartakusbund seine Aufmerksamkeit heute mehr den Gewerkschaften als den politischen Parteiorganisationen zuwendet. „Revolutionäre Betriebsorganisation des Verkehrswesens" ist das Zauberwort geworden, das den Apparat der kapitalistischen Produktion in Unordnung bringen soll. Die Zersplitterung der Gewerkschaften, die Sabotage der Produktion und damit der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens ist das nächste Ziel. Ist dies erreicht, dann folgt die Diktatur des Proletariats und damit der Sozialismus.

Um die Gewerkschaften zu unterminieren, wird ein Verleumdungsfeldzug gegen die leitenden Personen geführt, der vor keiner Beschimpfung zurückschreckt. Aber nicht nur die Führer werden beschimpft; ab und zu — vielleicht ohne daß er es selber versteht — legt Spartakus auch einen „Volltreffer" mitten in die Führergefolgschaft. In einem Flugblatt an die Eisenbahner heißt es: „Die Gewerkschaften haben erkannt, daß richtige Arbeiterräte der Betrügerei der Gewerkschaften ein Ende bereiten würden." Ist das nicht köstlich, daß die Gewerkschaften erkannt haben, daß die Gewerkschaften — zu den Gewerkschaften gehören alle Mitglieder ohne Ausnahme — Betrüger sind! Arbeiterräte und Arbeiterräte sind zweierlei; denn, so sagt das Flugblatt: „Arbeiterräte, die nur aus gewerkschaftlich approbierten Bonzen bestehen, sind keine Arbeiterräte." Hier muß reiner Tisch gemacht werden, und zu diesem Zwecke werden, nach den Ausführungen eines spartakistischen Redners in einer Eisenbahnversammlung, sämtliche Gewerkschaftsführer mit Gewalt beseitigt. Es wird ein Bonzenputsch gemacht und die künftige Räteorganisation durchgeführt.

Zu den Flugblättern gesellt sich jetzt „Der Blitz", das Organ der revolutionären Betriebsorganisation des Verkehrswesens. In der ersten Nummer befindet sich ein Aufruf, der wie folgt beginnt: „Eisenbahner, Arbeiter des Verkehrswesens! An Euch wenden wir uns, die Ihr das Schicksal der Revolution, das Geschick der deutschen Arbeiterschaft in Euren Händen tragt. Euch rufen wir auf zum Kampfe, damit mit Eurer Befreiung das ganze deutsche Proletariat frei werde von den Fesseln des Kapitals." Dann wird festgestellt, daß die Eisenbahner bisher unfrei waren, daß die Eisenbahnminister von Maybach bis Breitenbach jeden Arbeiter maßregelten, „der für einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Verkehrsarbeiter eintrat", und im Anschluß daran wird dann die Frage aufgeworfen, wie sich die Eisenbahner angesichts dieser Zustände verhalten?

„Und die Arbeiter? Sie haben sich gebeugt, haben sich jeder Willkür gefügt. Sie ließen sich fangen von den Redensarten über stumme Disziplin und altpreußischer Pflichttreue. Sie waren ja Staatsarbeiter, die sich abhoben von der ganzen übrigen Arbeiterschaft. Sie hielten ihre Knechtseligkeit, ihre Rückständigkeit noch für einen Vorzug."

Es ist wirklich ein starkes Stück, von den so tief eingeschüchterten Eisenbahnern nun im gleichen Atemzug zu verlangen, daß sie der revolutionären Betriebsorganisation beitreten und den „Blitz" lesen sollen. Geradezu niedrig aber schätzen die Spartakisten die Eisenbahner ein, indem sie ihnen zumuten, mit den vorrevolutionären Eisenbahnministern von Maybach bis Breitenbach, diesen ausgesprochenen Arbeiterorganisationsfeinden, den gleichen Strang zu ziehen; denn solche Minister und die Spartakisten, sie sind sich ja einig in dem gleichen Ziel: Verhinderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Wie so oft im Leben zeigt sich auch hier dasselbe Spiel: die „Volksbeglücker" aus dem Lager der Spartakisten marschieren Arm in Arm mit den abgewirtschafteten Reaktionären des ehemaligen monarchistischen Staates. Daran mögen die Eisenbahner erkennen, wohin der Weg führt. Ein Abgrund steigt vor der deutschen Arbeiterschaft auf, und ganz offen und zynisch erklären die Spartakisten, ihr Weg führe in diesen Abgrund hinein. Dazu sollen die Eisenbahner helfen, sie sind es, die das Reich zugrunde richten sollen. Hören wir: In einer am 9. September abgehaltenen Versammlung der Funktionäre der Spartakisten wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, die revolutionäre Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen, es sei eine Situation vorhanden, „die durch den Ausbau der Betriebsorganisation die Festigkeit des ökonomischen Fundaments der bürgerlichen Gesellschaft erschüttert und ihren Sturz durch Sabotage der Produktion beschleunigt und die Uebernahme der wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat vorbereitet". Die Entschließung schließt mit dem Hinweis, daß die Spartakisten „endgültig" den Gewerkschaftsgedanken verwerfen.

Das führende Spartakistenblatt „Rote Fahne" ist über den Beschluß entzückt und bezeichnet die Sabotage der Produktion als eine neue Waffe. Sie schreibt: „Nicht Steigerung der Produktion, sondern Sabotage der Produktion heißt von nun an die Parole. Die neue Waffe in Anwendung zu bringen, bedarf es keiner weitschichtigen Organisation. Schon das vorläufig nur lose und weitmaschig gesponnene Netz der Betriebsorganisation genügt vollkommen, eine wirksame Sabotage der Produktion herbeizuführen. Die kleinere Gruppe, die sich plötzlich herausstellt aus dem vereinbarten Tempo der Arbeitsleistung, hemmt den Betrieb, erzeugt Unruhe und Unordnung, zwingt die Produktion auf den Weg, der in die Unrentabilität mündet."

Das also ist das Ziel: Zusammenbruch, Tod und Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft und damit des Reiches. Frivoler kann niemals mit der Heimat und mit dem Familienleben gespielt werden. Einem solchen verbrecherischen Ratschlag kann nur der folgen, wem die Begriffe Heimat, Familie, Aufwärtsentwicklung des Menschengeschlechts vollständig fremd sind. Es hieße, am gesunden Menschenverstande verzweifeln, wollte man annehmen, daß den Spartakisten ein Erfolg, der zu dem völligen Versagen der Kohlenproduktion, der Einstellung des gesamten Eisenbahnverkehrs und damit der Unterbindung der Lebensmittelzufuhren führen würde, beschieden sein könnte. Die Wirkung müßte, falls die Eisenbahner die ihnen zugedachte Rolle spielen, für die Arbeiterschaft und ihre Familien genau so katastrophal werden wie für alle übrigen Volksgenossen. Die Hoffnung ist deshalb berechtigt, zumal jetzt, wo die allgemeine Arbeitslust sich hebt, daß auch die Anständigkeit der Gesinnung der Eisenbahner und ihr gesunder Menschenverstand über den spartakistischen Irrsinn zur Tagesordnung übergeht.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz, für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Buchdruckerei G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
Grosser Erfolg!
Eine Walzernacht.
Operetten-Neuheit in 3 Akten v. Rudi Gläser.
Sonntag ½4 Uhr:
Max und Moritz.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 25. Okt., Anfg. 7½, Ende 10½ Uhr:
Zar und Zimmermann.
Sonntag nachm.: Einsame Menschen.
Sonntag abend: Das Dorf ohne Glocke.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Weißenfels. Weißenfels.
Eröffnung
des
Burg-Kaffee,
Gr. Burgstr. 13/15
morgen Sonnabend nachmittag 4 Uhr.
Weißenfels. Weißenfels.

Jetzt ist die Zeit „Frostschäden"
Gesichts-Nasenröte, Beulen, Hände und Füsse erfolgsicher elektrochemisch behandeln zu lassen.
Institut „Fara" für Gesundheits- Schönheitspflege.
Nur Gr. Ulrichstr. 47, I, gegenüber Endepols & Dunker. Erscheinen nur einmal. Weiter empfehlen Ausschneiden

U.T

Fernruf 5738. **Alte Promenade 11a** Fernruf 5738.

Ab heute:
Die neueste
Film-Operette
Lachende Herzen
Musik von Carlo Emerich.
Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
Die Tugendfreundin.
Optt. v. Hans Forstner.
Musik von Otto Gaze
Walbert M. Willenz e. G.
Meriten Hans Forstner.
Heute Meta Heim.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Zum 9 November
und sonst. Parteifestlichkeiten empfehle d. Parteigruppen u. Vereinen
rote Blumen u. Rosetten
zum Anstecken,
Zigarren- u. Zigarettenspitzen m. roten Blumen, Muster o. G. Einz. v. 1 M. die bei Bestellg. wieder ausgeg. werden. 9474
H. Fuarmeister,
Halberstadt 16, Martinsplan 9.

Gardinen, Inletts
Schürzen, Strümpfe, Kleider-Stoffe, Paletots, Mäntel, Kinder-Paletots, Kostümröcke,
Pelz-Waren,
Feder-Boas.
Auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau,
Barfüßerstr. 16.

Lichtspiel U.T Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224
Ellen Richter
in dem Film-Drama in 4 Akten
Das Teehaus zu den 10 Lotosblumen
Die Handlung spielt teils in Europa, teils in Japan
Vorführung: 4.50 7.00 9.20.
Die Jugend tobt.
Lustspiel in 2 Akten
mit Carl Alstrup, Gudrun Houlberg.
Beginn 4 Uhr.

Konditorei u. Café David.
Kaffeehaus David
in vollkommen neuer Aufmachung.
Wieder-Eröffnung
der gesamten Geschäftsräume
Sonnabend, den 25. Oktober 1919
nachmittags 5 Uhr.
Geisistrasse 1 Geisistrasse 1
Fernruf Nr. 6127.

Urin-Untersuchung,
chemisch u. mikrosk., sowie Prüfung von Auswurf auf Tuberkelbazillen
fertigt gewissenhaft und billig
Apotheker C. Krüllgen,
Königstr. 24, 2. Etage.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Konzert-Direktion Siegfried Kummerehl.
Thaliasäle, Dienstag, den 28. Oktober 1919, abends ½8 Uhr:
Richard-Wagner-Abend
Lilli Hafgren-Waag
Kammersänger **Fritz Vogelstrom**
Kapellmeister **Herm. Büchel.**
Vortragsfolge:
1. Lieder: Schmerzen — im Treibhaus — Träume.
2. Walküre: a) Ein Schwert verhieß mir der Vater, b) Liebeslied.
3. Tannhäuser: Szene u. Duett 2. Akt II. Szene.
4. Tannhäuser: a) Gebet, b) Hallenarie.
5. Lohengrin: Gralserzählung.
6. Tannhäuser: Romerzählung.
Blüthner-Flügel; Vertreter: B. Döll.
Karten zu Mk. 5.10, 4.10, 3.10 bei H. Hothan, Gr. Ulrichstrasse.

Neu eingetroffen
sind für Herbst und Winter alles was die Mode Neues bringt, in großer Auswahl

Herren-Anzüge	Herren-Anzüge	Herren-Anzüge
in braunen, dunkeln, grünen und sonstigen Modefarben nur gute Stoffe und besten Zutaten verarbeitet	in oliver, braunen grünen, dunkein und sonstigen kariierten Mustern nur echte Qualitäten. I u. II reihige Modeform in nur prima verarbeiteten Zutaten.	Sport-Fassen mit Gurt u. Falten auch mit Umschlag-Hose. Ersatz für Maß, in braunen, grünen und dunklen Farbentönen, das eleganteste der Saison nur erstklassige Verarbeitung von Zutaten
Stück nur 195.00 Mk.	Stück nur 245.00 Mk.	Stück nur 295.00 Mk.
Knaben-Anzüge für das Alter v. 3-8 Jahren Schul-Fasson in braunen, grauen und grünen Modefarben nur echte Stoffe I u. 2 reihige Form	**Knaben-Anzüge** für das Alter von 3—8 Jahren, Prinz Heinrich-Form in nur echten Stoffen und wunderbaren Farben	**Knaben-Anzüge** für das Alter von 10—14 Jahren in grauen braunen und sonstigen Modefarben, nur echte Qualitäten
Stück nur 44.50 Mk.	Stück nur 58.50 Mk.	Stück nur 62.50 Mk.

Ferner empfehle:
Ulster für Herren, Jünglinge u. Knaben in den neuesten Modefarben sehr preiswert.
Abteilung für Berufskleidung in nur echten Qualitäten.
Große Auswahl in Engl. Leder-, Struck-, Manchester- u. Zwirns-Hosen, sowie Schlosser-Anzüge sehr preiswert.
Ernst Renner,
14 Marktplatz 14.

Zum 9. November, dem
Jahrestag der Revolution
erscheint eine in Text und Bildschmuck künstlerisch und reichhaltig ausgestattete Erinnerungs- und Festschrift zum Preise von 30 Pf.
Wir bitten unsere Leser und sonstige Interessenten ihre Bestellung auf diese
16-seitige Revolutions-Nummer
schon jetzt
bei den Zeitungsträgerinnen oder in unserer Buchhandlung, Große Ulrichstraße 27
zu machen, damit die Lieferung gewährleistet wird.
Verlag der Volksstimme G. m. b. H.

Naumburg an der Saale
Rest. „Zum Freischütz"
Nähe Hauptbahnhof
empfiehlt seine Lokalitäten zum gemütlichen Aufenthalt. Parteiblatt liegt dort aus.

Neuheiten Filzhüte 14.— 21.— 28.— 37.— 47.— Velourhüte 45.— 68.— 73.— 85.— 98.— Sammethüte 65.— 85.— 45.— 35.— 29.— Zylinderhüte 120.— 98.— 85.— 75.—
Hedwig Erdmann vorm. **Emma Zincke,** am Markt Ecke Gr. Klausstr.
Pelze aller Art werden sauber und preiswert umgearbeitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0004

Auswärtige Politik in der Nationalversammlung.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes in der Nationalversammlung stark beeinflußte. Wenn auch vermieden werden sollte, während der Untersuchung der politischen Entwicklung um die Jahreswende 1916/17 ein Urteil vorwegzunehmen, so ist doch klar, daß sich die einzelnen Redner auf die Enthüllungen bezogen, welche die Aussage des Grafen Bernstorff gebracht hat. Außenminister Müller legte ein solides Programm dar, soweit es natürlich der Versailler Frieden überhaupt zuläßt, ein außenpolitisches Programm aufzustellen. Neuorganisation unseres gesamten auswärtigen Dienstes ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Auf die Aufforderung der Entente, Sowjet-Rußland zu blockieren, hat der Außenminister natürlich noch keine Antwort gegeben, doch klang schon aus seinen Worten heraus, daß wir uns

an reaktionären Maßnahmen,

welche die Entente nicht einmal ihren Völkern bekanntzugeben sich traut, nicht beteiligen werden. Das war auch die Forderung des Genossen Wels, des einstigen Stadtkommandanten von Berlin, der als erster Redner die Aussprache eröffnete. Unter starkem Widerspruch der Rechten geißelte er die Halbheit und Unehrlichkeit der deutschen Politik, deren Rechte nie wußte, was die Linke macht, die gleichzeitig Frieden schließen und torpedieren wollte. Er brandmarkte auch die gemeine Denunziation der Unabhängigen, die auch Fälschungen nicht scheut, wenn es gilt, deutsche Maßnahmen im Ausland zu dekretitieren. Interessant war die Feststellung, daß die Unabhängigen die Ratschläge Lenins zu befolgen scheinen, der rät, allen Chauvinismus zu schüren, um an neuen internationalen Konflikten die Weltrevolution zu entzünden. Die Konservativen verschanzten sich hinter der Auffassung, man hätte den rücksichtslosen U-Bootkrieg früher erklären müssen. Sie können recht haben: Dann wäre

Deutschlands Zusammenbruch früher

und vielleicht schmerzloser erfolgt. Der Unabhängige Geyer-Leipzig entwickelte ein politisches Programm, das den Forderungen der dritten Internationale entsprach. Man hatte nicht den Eindruck, daß dieser Fanatiker, der wie eine Gestalt aus den ärgsten Religionskriegen anmutet, von Wirklichkeiten eine klare Vorstellung besitzt. Sein Echo waren periodische: Sehr richtig auf der äußersten Linken.

*

WTB. Berlin, 23. Okt. 106. Sitzung. Am Ministertische: Müller.

Das Haus ist schwach besucht. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts: **Auswärtiges Amt.**

Abg. Waldstein (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Minister Müller:

Die Ausführung des Friedensvertrages zwingt uns, die Arbeitsmethoden des Amtes zeitgemäß zu ändern. Die Gleichstellung der diplomatischen und konsularischen Karriere hat allgemeine Zustimmung gefunden. Außenseiter müssen herangezogen werden. Die sachliche Eignung der Beamten muß ausschlaggebend sein. Wer gegen die Republik agitieren will, darf nicht auf einen Außenposten kommen. Allein maßgebend darf die juristische Vorbildung nicht sein. Die Stetigkeit der Politik soll gewährleistet werden dadurch, daß die Abteilungen des Amtes nach Ländergruppen arbeiten sollen. Die Wirtschaftspolitik soll mit der äußeren Hand in Hand gehen. Sozialpolitische Vertreter sollen den Missionen beigegeben werden, wie dies das Ausland schon tut. Die Rechtsabteilung soll keine Politik treiben. Wenn wir die Basis unserer Auslese verbreitern wollen, so muß der ausländische Vertreter draußen

von seinen Bezügen anständig leben können.

Das ist in dem vorliegenden Etat noch nicht erreicht. Das Schwerste kommt erst jetzt, wenn wir liefern und zahlen sollen. Wir werden tun, was wir können, mehr nicht. Auch die Länder der Sieger haben fürchterlich gelitten. Die deutschen Sozialisten haben keinen größeren Feind als Ludendorff und seine Garde. Die Militärpartei regiert eigentlich nur in den besetzten Gebieten. Aber dort ist es die französische Militärpartei. Der Druck der Entente ist das beste Mittel, unsere Einheit zu fördern. Clemenceau sagte: „Die Herren sind wir!" Wir kennen diese Redensarten; es sind die der Alldeutschen von vorgestern. Sie stimmen nicht zum Völkerbund. Der schöne Satz: Wir wollen frei sein, um zu befreien, läßt uns eisig kalt, solange unsere Gefangenen noch nicht freigegeben sind.

Unsere Mütter gehen an Herzeleid zugrunde.

Ich appelliere an die Mütter der ganzen Welt. Wir wollen den Frieden. Warum müssen die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurück? Die Reichsregierung mißbilligt das Telegramm von der Goltz an Avalow. von der Goltz ist hoffentlich der letzte politische General. Wir massen gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten unterhalten. Wir sind keine Freunde der Bolschewiki, aber der Bolschewismus wird genährt durch die Methoden, die die Entente anwendet. Rußland muß in den Kreis der europäischen Warenversorgung einbezogen werden. Gegen die Ostseeblockade haben wir schärfstens protestiert. Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind dem Abschlusse nahe. Man hegt überall das Vertrauen, daß wir uns herausarbeiten und als Volk behandelt werden. (Beifall.)

Abg. Wels (Soz.): Der Gesundungsprozeß, den wir in unserem Lande verbeiführen wollen, erfordert festzustellen, wer in den langen Jahren das deutsche Volk belogen und betrogen, wer es schlecht und gut geführt hat. (Zuruf rechts: Und wer es nachher betrogen hat!) Sie (nach rechts) haben es betrogen (lebhafter Protest rechts. Appell an den Präsidenten). Kein Volk der Welt kann diese Generalbeichte zeigen, so wie das deutsche Volk, die deutsche Republik. Die Wahrheit ist in Deutschland auf dem Marsch. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Genossen in Frankreich und in England den Weg in die Geheimarchive ihres Landes zu finden werden wissen. In der kaiserlichen Politik übertraf das Bündnis der Halbheit mit der Unfähigkeit alle anderen Bündnisse an Halbarkeit. In den Beratungen des Unterausschusses haben wir aus einem Telegramm ersehen, daß der sogenannte Friedenskaiser keinen Wert auf Friedensvermittlung legte.

„Es wird vorgegangen."

(Lebhaftes hört, hört! links.) Diese Mischung von Unfähigkeit und Schnoddrigkeit hat den Untergang des Deutschen Reiches besiegelt. (Lebhafter Beifall links, Lärm rechts.) Diesem tragischen Possenspiel, dieser Halbheit und Unehrlichkeit, die die deutschen Friedensbedingungen und die Note über den rücksichtslosen U-Bootskrieg am gleichen Tage übergeben ließen, ist das deutsche Volk zum Opfer gefallen. Wir werden nur wieder hochkommen, wenn man an unsere Ehrlichkeit glaubt. Die Königsberger „Freiheit" vom 22. Oktober hat durch eine sogenannte Enthüllung die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu diskretieren versucht. Dem dort veröffentlichten Geheimprotokoll sieht man die ausländische Fabrikation auf den ersten Blick an. In einer Sitzung, an der Scheidemann und Noske teilgenommen haben sollen, soll ein Geg. von Simmern Mitteilungen über die Vernichtung und Fälschung der Akten des Auswärtigen Amtes gemacht haben. Dadurch soll der Untersuchungsausschuß zu dem Urteil von Deutschlands Unschuld gebracht werden. Das Protokoll dieser Sitzung, die im Juli stattgefunden haben soll, trägt falsche Namen und Amtsbezeichnungen. Ich erkläre im Auftrag des Genossen Scheidemann, daß eine solche Sitzung niemals stattgefunden und daß Scheidemann an einer solchen weder jemals teilgenommen noch in ihr eine Rede gehalten hat. Die Frage ist aber, wer in einer so frivolen und gefährlichen Art und Weise, Deutschland vor dem Ausland verächtig zu machen, interessiert ist. Lenin rät in einem Programm, das allerdings für die Kommunisten bestimmt ist, alle chauvinistischen Bewegungen und internationalen Konflikte zu schüren (hört, hört!). Das sind die Drahtzieher, die von Moskau dirigiert werden. Wir haben

für diese gewissenlosen Verbrechen

nur den tiefsten Abscheu. Das baltische Abenteuer war für manche Kreise die letzte Gelegenheit zur Fortsetzung ihrer unwahren Politik. Dieser Sabotage des Friedens gegenüber darf es keine Lauheit und keine Halbheit geben. Wir sprechen uns deutlich gegen eine Blockade Sowjet-Rußlands aus. Die Sowjet-Regierung ist ein Unglück für den Sozialismus. Aber ein noch größeres Unglück wäre ein Sieg der Reaktion in Rußland, der einen jahrelangen Bürgerkrieg zur Folge hätte. Die Ententeregierungen handeln hinter dem Rücken ihrer Völker, denn weder in England noch in Frankreich ist die Blockadenote bisher veröffentlicht worden. Die französischen Genossen haben genau in der selben Ueberzeugung, wie die deutschen Sozialdemokraten am 4. August 1914 die Kriegskredite einstimmig bewilligt. Das muß gegenüber den Verdreyungen Clemenceaus festgehalten werden. Wir wollen den Völkerbund. Wir leynen die Auffassung ab, daß der Völkerbund bloß ein Werkzeug des Kapitalismus sei, an dem ein Sozialdemokrat nicht teilnehmen dürfe. Die zweite Internationale muß die Basis des Völkerbundes werden. Der Haß kann keine Lösung bringen. Wir müssen zusammen arbeiten, das ist das alte Programm der Sozialdemokraten, ihr Wahlspruch gilt auch für die Zukunft: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentrum): Von der wiederholt angekündigten Gesandtschaft des Reiches beim Vatikan sieht noch nichts im Etat. Wir halten es von höchster Wichtigkeit, daß eine solche Gesandtschaft errichtet wird, auch wenn Preußen und Bayern ihre Sondergesandtschaften nicht aufgeben. Die Errichtung der Außenhandelsstelle und der Handelsattachees ist zu begrüßen. Doch müßten auch Sachverständige für die ausländischen geistigen Strömungen geschaffen werden. Man verriegelt uns den Westen, darum müssen wir nach Osten gehen. Ich billige das, was Minister Müller darüber gesagt hat.

Abg. Schultz-Bromberg (Dn.): Wie steht es denn mit der Ausführung der Ratifikation? Was ist zur Beschleunigung geschehen? Wie man sich in den Völkerbund drängt, in dem man uns nicht haben will, verstehe ich nicht. Die Behauptung, daß der U-Bootkrieg maßgebend gewesen ist für die Haltung Amerikas, ist widerlegt.

Abg. Dr. Geyer-Sachsen (U.S.): Des Wilsonschen Völkerbundes erste Tat ist die Androhung der Blockade an Sowjetrußland. Die Beteiligung Deutschlands am Völkerbund ist die **Vorbereitung zu einer imperialistischen Politik** und die Solidaritätserklärung mit den kapitalistischen Regierungen der Entente. Die deutsche Regierung muß der Sowjetregierung ihre friedlichen Absichten und Gesinnungen zu erkennen geben. Fällt die Sowjetregierung, fällt das letzte Bollwerk des Sozialismus.

Minister Müller:

Wir können keine Politik der großen Worte machen. Andererseits dürfen wir zu Abenteuern keine Beziehungen anknüpfen. Ich habe keinerlei Erklärung abgegeben, woraus die Truppen im Baltikum hätten schließen können, sie könnten dort bleiben. Die Frage der Gesandtschaft beim Vatikan hoffe ich durch Verhandlungen mit Preußen und Bayern zu befriedigendem Abschluß zu führen.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen.

Von zehn bis zwanzig.

29) Roman von Karl A. Meyer.

(Nachdruck verboten.)

Willig folgte der Knabe.

Ein leises Schauergefühl erfaßte ihn. Was das wohl werden mag? Er fühlte Mut genug; nur erschreckt hatten ihn des alten Mannes verrückte Gebärden und Worte. Er ging vor ihm her die Treppe hinauf. Ihm war, als wäre er eben aus einer Schlägerei gekommen und der Sieger fuhre ihn nun, wohin er will. Aber Lust hatte er, zu erfahren, wie das Abenteuer enden werde.

In des Alten Stube lag breit und schon die Sonne.

Die Treppe herauf und auf dem Vorboden war es düster gewesen. Hier goß sich das Licht in goldener Fülle aus. Auf wunderlichen Naymen an der Wand spiegelte es sein Antlitz und auf ernste Photographien zwitscherte es ein Lächeln. Krummbeinige Polsterstühle blahten sich auf in der Sonne. Die Blumen des verblichenen Kattunüberzuges auf dem Kanapee — das war doch — jetzsam — duftete wie Ganseraten.

Aber nein! Der Geruch kam vom Ofen her, wo eine versteckte Pfanne stand.

Hildebrand, der Hund, lag auf dem Bauche. Er reckte den Stummelschwanz und die Nase in die Höhe und sagte nicht. Ein trages Knurren am Anfang war wieder eingeschlafen.

„He? Sag mir s: hast sie gemaust?"

Was er nur mit seinem aldernen Gerede will, dachte der Junge, und laut platzte er heraus: „Warum soll ich denn durchaus gestohlen haben? Gekauft habe ich sie!"

Und der Alte darauf: „Wohl — Du hast doch kein Geld, hihihi — oder hast du vielleicht welches?"

Dem Knaben machte das närrische Gebaren des alten Mannes Spaß. Er zog sein Taschentuch und knüpfte den Knoten auf, worinnen er sein Geld geschlungen hatte. Dann ließ er die Kupferstücke über den Tisch hinrollen.

„Zehn —" sagte der Alte beim Ueberzählen.

Aiez nickte: „Zehn."

Neugierig setzte sich der Alte ihm gegenüber. „Wo hast du das her, he? Und das Geld für die Sohlen?"

„Verdient"

„Verdient? — he? — hähähähä — —"

Der verrückte Mann glaubte ihm nicht. Der Junge ward ärgerlich.

Doch die Gans hauchte einen so guten Duft in die Stube.

Da erzählte der Knabe die ganze Geschichte: Von seinen Weihnachtsmännern und den fünfmal sechs Pfennigen, die er dafür erhalten, und daß er davon zwanzig Pfennig für das Geschenk der Mutter ausgegeben und zehn Pfennig für sich behalten habe. Er erzählte auch seine Erlebnisse von heute morgen, daß, weil die Mutter nicht zu Hause war, er in der Stadt umhergelaufen sei. Von dem Bäcker erzählte er und der Frau, die ihm Kuchenränder und weißen Kaffee geschenkt und ihm obendrein das Geld für das Rosinenbrötchen zurückgegeben habe. Als er von der Kirche erzählte, daß er, weil er so müde war, während der Predigt geschlafen habe, nickte und lachte der Greis und schüttelte sich vor Vergnügen, als ob er sich nimmer beruhigen könne (denn er mochte die Pfaffen nicht leiden).

„Das hast du gut gemacht —" brustete er in sich hinein. „— hihihi, hähähä — das hast du fein gemacht . . ."

Nachdem er noch eine stille Weile innend vor sich hingelacht, stand er auf von seinem Stuhle.

„Jajaja, gut, wirklich gut gemacht —" Er trippelte die Stube vor und guckte in die Ofenröhre.

„Gut gemacht — hihihi —. Schön braun wird's Gansel."

„Wau!" sagte Hildebrand unter der Ofenbank.

„Schön braun wird's Ganzel, Hildebrand — hähähä — ein Prachtkerl, der Junge!"

„Aber ist das auch wahr, was du mir da erzählt hast?" Der Alte drehte sich plötzlich um und schmatzte wieder auf den Jungen zu. Er sah ihn mißtrauisch von der Seite an und zwinkerte mit den Augen.

„Was du mir erzählt hast? he? Das mit den Schuhsohlen und den hölzernen Männern, sechse waren es, und hast das Geld redlich verdient? Gelt, wolltest der Mutter eine Freude machen? Und sie war nicht da — sie wohnt im Hinterhaus, ich hab sie vorigehen sehen — —"

Er führte seiner Nase aus einer Medizinflasche eine reichliche Prise schwarzen Schnupftabaks zu. Als das geschehen, recht umständlich, mit vielem Schnupfen, wobei seine Augen tränten, fragte er:

„Wo willst du denn heut zu Mittag essen?"

Im Ofen brodelte und summte und brutzelte es recht wie Weihnachtsnachmittag. Hildebrand blinzelte in die Sonne. Des Jungen Magen zwickte und klopfte an den Bauch. „Heraus mit der Sprache!" Er mußte an den Gänsebraten denken, der in der Pfanne so fröhlich die Beine in die Höhe reckte. Und ohne sich lange zu besinnen, sagte der Junge:

„Bei Ihnen will ich mitessen!"

Da lachte der Alte wieder sehr.

„Recht hafte, Mordsjunge, recht hafte. Immer frisch weg von der Leber sozusagen." Er beugte sich nieder, die Hände auf die getrümmten Knie gestützt, und sah dem Jungen von unten herauf ins Gesicht: „Nur noch ein paar Minuten, bis die Tine kommt, gelt?"

Die Tine ließ nicht lange auf sich warten; Tine war seine Wirtschafterin, eine kleine, schwerhörige Frau.

Und dann ging's ans Essen.

So viel Fleisch hatte Aiezander noch nie auf seinem Teller gehabt, wie ihm jetzt darauf gehäuft ward.

„Willste noch mehr? Willste noch mehr?"

Der Alte fragte immer und löselte ihm von dem feinschmeckenden süßsauerlichen Rotkraut und die dicke Flüssigkeit vom Selleriesalat in den Mund. „Jähähä."

Da wurde des Jungen Bauch zum Platzen voll. —

Da schlug die Uhr vier. Die Zeit vergeht.

Soweit hatte sich Aiez ganz wohl gehalten bei dem Alten und der schwerhörigen Frau. Pferd und Wagen und Bleisoldaten und einen Marstallen, was aus die beiden zur Unterhaltung für ihn aus der Kammer herbeigeschleppt hatten — denn sie hatten auch einmal einen Jungen gehabt —, war ihm willkommen gewesen und er hatte sich die Zeit damit angenehm verkürzt. Aber gegen vier Uhr sagte er wiederholt: „Wenn doch die Mutter käme!"

Im Zimmer war es dunkel. Der Ofen hüllte sich ganz in Schwarz, daß man ihn vom Fenster aus kaum noch sehen konnte. Die blaßbunten Blumen des Kanapees flossen ineinander. Die Lehnen der alten Polsterstühle waren anzusehen wie unförmige Köpfe, die große Mäuler aufsperrten. Und wenn ein Schatten darüber hinging, sah es aus, als ob sich die Mäuler bewegten und man konnte denken, daß sie den Schatten fressen. Wenn man zum Fenster hinaussah auf den Hof des Nachbargrundstücks in den kahlen Baum, fror einem.

Der Alte in seinen großen Schlurfpantoffeln ging hin und her. Manchmal blieb er stehen und jappte bedächtsam an seiner Pfeife.

Er erzählte dem Knaben abgerissene Stücke aus seinem Leben, völlig leidenschaftslos und scheinbar nur zu sich selber sprechend.

Sein Vater, der alte Dienegott Duldrecht, hatte sich, als die Kinder noch klein waren, an einem Baumast erhängt, an einem Abend, da es stürmisch und kalt war und die Krähen schrien. Und das Kind, mit dessen Spielzeug Aiez heute gespielt hatte, war, nachdem es einmal einer Ungezogenheit wegen gezüchtigt worden, eine Stunde darauf an einer Pflaume erstickt, die ihm der Vater zur Wiederberuhigung geschenkt hatte. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, 24. Oktober 1919.

Eröffnung der Rednerschule.

Am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet im Zeichensaal der alten Volksschule, Neue Promenade (am Leipziger Turm) die Eröffnung der vom Bezirksbildungsausschuß der S. P. D., Abt. Rednerschule, veranstalteten Rednerkursus statt.

Alle Teilnehmer müssen anwesend sein.

Anmeldungen können noch in geringem Umfange im Parteisekretariat entgegengenommen werden.

* **Die Genossinnen und Genossen des 10. Distrikts** treffen sich am 25. Oktober abends 8 Uhr im Rest. „Stadt Erfurt", Ecke Süd- und Bernhardystraße. Stadtverordneter Gen. Vollbracht spricht über „Kommunale Aufgaben". Gäste willkommen! Der Distriktführer.

* **Vereinsvergnügen.** Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Sonntag, den 26. Oktober, im „St. Nikolaus" sein erstes Vereinsvergnügen ab. Es ist dazu berufen, eher als jede andere Veranstaltung, alle Mitglieder der Partei einander persönlich näher zu bringen, was im Interesse der Partei sehr notwendig ist. Zugelassen werden außer Mitgliedern und deren Angehörigen auch eingeladene Gäste, und wir bitten, recht fleißig für Besuch des Vergnügens zu werben und Gäste einzuladen. Anfang 3½ Uhr. Im großen Saale Tanz.

Die gefährdete Kartoffelversorgung.

Mehrfach wurde schon darauf hingewiesen, daß ganz besonders in Ostpreußen die Einbringung der Kartoffelernte gefährdet ist. Der Grund liegt darin, daß unter den dort herrschenden Arbeitsbedingungen, die für die polnischen Landarbeiter galten, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen nicht arbeiten können und daß die Landwirte sich weigern, andere Arbeitsbedingungen einzuführen.

Ein weiterer Grund für die Kartoffelknappheit liegt in dem Mißbrauch, der mit dem Versand von Saatkartoffeln getrieben wird. Nach einer Reichsverordnung dürfen Saatkartoffeln zum Versand gebracht werden. Die Landwirte verkaufen aber massenweise Speisekartoffeln als Saatkartoffeln, um auf diese Weise drei bis fünf Mark pro Zentner zu verdienen. Dem Schieber- und Wucherwesen wird hierdurch Tür und Tor geöffnet. Aus diesem Grunde hat Genosse Heller in der Preußischen Landesversammlung eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die auf die geschilderten Mißstände hinweist und fragt, was die Regierung zu tun gedenkt:

1. um die Einbringung der Ernte in diesen Gegenden zu gewährleisten;
2. um dem Aufkauf von Speisekartoffeln, wodurch die deutsche Volksernährung ernstlich bedroht wird, entgegenzuwirken.

Daß die Landwirte zum Teil gar nicht gewillt sind, bessere Arbeitsbedingungen einzuführen, beweist das nachfolgende Rundschreiben eines westfälischen Bauernvereins, das lautet:

„Die Verordnung betreffend Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten vom 2. September d. J. bedeutet einen bisher in Preußen unerhörten Gewaltakt gegen die persönliche Freiheit des Bauernstandes. Die in der Ortsgruppe Nammen des westfälischen Bauernvereins zusammengeschlossenen Landwirte verlangen sofortige Aufhebung dieser Verordnung. Ihrer Durchführung werden sie auf keinen Fall tatenlos zusehen, sondern Mittel und Wege zu finden wissen, sie zu verhindern.

Der Vorstand der Ortsgruppe Nammen des Westfälischen Bauernvereins."

Die Verordnung vom 2. September ermächtigt bekanntlich den Demobilmachungskommissar, nach eingeholter Zustimmung der Landeszentralbehörde solchen Grundbesitzern die Verwaltung ihres Grundstücks zu entziehen, die sich weigern, die vom Demobilmachungskommissar festgesetzten und für verbindlich erklärten Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Der Widerstand unsozialer Grundbesitzer gegen diese Verordnung muß unbedingt gebrochen werden, wenn nicht im Winter unsere gesamte Ernährungswirtschaft zusammenbrechen soll.

Karl Kevelau †. Am 18. Oktober riß der Tod wieder eine Lücke in die Reihen unserer alten Parteiveteranen. Genosse Karl Kevelau, der schon unter dem Sozialistengesetz für unsere Ideen kämpfte, wurde am 1. April 1860 in Mühlhausen i. Thür. geboren und schloß sich frühzeitig der sozialistischen Bewegung an. Es ist ihm vor seinem Hinscheiden ein Trost gewesen, daß er den gewaltigen Aufschwung der Partei, an deren Aufbau er ein Menschenalter mit gearbeitet hat, mit erleben durfte. Wie am Grabe eines jeden Parteiveteranen, so wollen wir auch diesmal geloben, in seinem Sinne weiter für unsere Ideen zu kämpfen und zu wirken.

* **Arme Leser.** Es ist oft nachgerade erschütternd, was das „Volksblatt" seinen Lesern zumutet. So berichtet es am Donnerstag über eine Landgerichtsverhandlung unter der Ueberschrift: „Drakonische Urteile". Nach dem Bericht stiegen drei Reichswehrsoldaten in ein Abteil vierter Klasse, in dem ungefähr 40 Arbeiter saßen. Die „drei Rostrejünger" wurden von den Mitreisenden angepöbelt und im „Volksblattjargon" mit „Noskebluthunde" usw. beleidigt und auch tätlich angegriffen. Dann heißt es in dem Bericht wörtlich weiter:

„Ein Junge, den man aufgehetzt hatte, riß einem Soldaten das Eichenlaub herunter. Als der Unteroffizier die Nothremse ziehen wollte, wurde er daran gehindert. Dabei kam es fast (!! Red. d. Volksst.) zu einer Schlägerei. Den Soldaten wurden Revolver und Seitengewehre abgenommen und sie wurden verprügelt."

Also, lieber Leser, es kam fast zu einer Schlägerei und die Soldaten wurden verprügelt. Wie tief muß das „Volksblatt" seine Leser einschätzen, wenn sie ihnen dies in einem Atemzuge vorsetzt.

* **Einschränkung des Personenverkehrs an Sonn- und Festtagen.** Außer einigen Nachtschnellzügen und einigen dem Arbeiter- und Berufsverkehr dienenden Personenzügen werden vom Sonntag, den 26. d. M. ab auch im Eisenbahndirektionsbezirk Halle keine Personenzüge mehr verkehren. Ebenso treten auch auf der Halle-Heftetzter Eisenbahn Fahrplanänderungen ein.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 27. Oktober 1919, nachm. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Anfrage betr. Kartoffelversorgung.
2. Anfrage betr. Ernährungsverhältnisse.
3. Antrag auf Kommunalisierung des Hebammenwesens.
4. Desgl. des Apothekenwesens.
5./6. Antrag auf Uebernahme der Wurstbereitung in städt. Regie.
7. Antrag auf Verstadtlichung des Begräbniswesens.
8. Antrag betr. Verpachtung des Rittergutes Beesen.
9. Antrag auf Errichtung eines Mädchenheims.
10. Mittelbewilligung zur Unterstützung ehem. Kriegsgefangener.
11. Bewilligung eines Baukostenzuschusses.
12. Desgleichen.
13. Desgleichen.
14./15. Aenderung von Amtsbezeichnungen.
16. Aufstellung eines Brunnens auf dem Gertraudenfriedhof.
17. Nachbewilligung für Kap. XXI. C. III. 27 des Hauptetats.
18. Desgl. für Kap. XIV. B. 1.
19. Schaffung von Beamtenstellen.
20./21. Annahme von Kapitalien für Grabpflege.
22. Gesuch um Bewilligung einer Rente.
23. Gesuch um Ablösung.

Nichtöffentliche Sitzung.

24. Armenpflegerwahl.
25./26. Anstellung von Beamten.
27./34. Desgl.
35. Anstellung eines Beamten.
36. Desgl.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. J. V.: Keil.

Hast du schon einen Anteilschein der Volksstimme?

Wenn nicht, so wende dich an deinen Vertrauensmann, der dir gern die Sache ◆◆ besorgen wird. ◆◆

Säume nicht, tue es sofort!

Es ist dir vollkommene Sicherheit für deinen Betrag gewährleistet; er wird dir auch verzinst. Dein zur Verfügung gestellter Betrag dient der Partei und unserem Organ.

Du hilfst mit an der Verwirklichung des Sozialismus.

* **Der städtische Haushaltausschuß** hielt am Donnerstag eine Sitzung ab. Zunächst wurde beschlossen, die Amtsbezeichnungen „Bauinspektor" in „Magistratsbaurat" umzuändern. Bezüglich einiger anderer Anträge auf Umänderung von Titeln wurde beschlossen, sie abzulehnen und die Gesuchsteller zu bescheiden, daß demnächst der Magistrat eine Nachprüfung und wenn nötig Abänderung der Amtsbezeichnungen vornehmen wird. — Auf dem Gertraudenfriedhof soll ein weiterer Schöpfbrunnen mit einem Kostenaufwand von 4000 M. aufgestellt werden. — Die laufenden Aufwendungen für eine Freistelle in der Kinderheilstätte Dannenbaum sollen erhöht werden. Gleichzeitig soll versucht werden, eine weitere Freistelle zu erhalten. — Weiter wurde beschlossen, vier neue Kriminalwachtmeisterstellen mit einem Aufwand von 23 000 M. jährlich neu zu schaffen. Die Verhandlungen darüber waren so bemerkenswert, daß wir morgen darauf zurückkommen. — Eine Stiftung in Höhe von 10 000 M. wird angenommen. Die Stadt hat dafür die Pflege eines Grabes zu übernehmen. — Es hat sich vor kurzem ein Reichsverein ehemaliger Kriegsgefangener gebildet, der auch hier in Halle eine Ortsgruppe besitzt. Das Reich hat dem Verbande eine Beihilfe von 150 Mill. M. gewährt, damit den einzelnen bedürftigen Mitgliedern Zuwendungen von 100 bis 300 M. gewährt werden können. Die Ortsgruppe Halle bittet um eine Beihilfe auch der Stadt, um die Zuwendungen erhöhen zu können. Es werden 15 000 M. bewilligt.

* **Unabhängige und Demokraten unter den Ehrenbahnern.** Ueber Arbeitersippen und Demokratie sprach Mittwoch abend Herr Riedel vom U. E. V. im Auftrag der demokratischen Partei. Er gab ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die das deutsche Volk durch die Revolution erreicht habe und sprach dabei sehr linksdemokratisch. Diese „proletarische" Sprechweise war leicht zu erklären, denn ein großer Teil der Versammlung setzte sich aus Unabhängigen zusammen. Ein Vorstoß der Unabhängigen, das Bureau zu besetzen, mißglückte jedoch und sie konnten nur dagegen mit kräftigen Zwischenrufen demonstrieren. Ohne eine Lanze für den demokratischen Herrn Riedel brechen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß er die in der Diskussion sprechenden Vorführer der Unabhängigen, Bowitzki, Beilschmidt und vor allem Lemck, vollkommen aus dem Sattel hob. Das konnte ihm nur deshalb gelingen, weil die unentwegten Arbeitersekretäre tatsächlich nur ihre Redewalze auf unabhängige, im höchsten Falle mehrheitssozialistische Versammlungen eingestellt hatten. Außer den allgemein bekannten Verdrehungskünsten über Diktatur des „Proletariats" als „Ueberganggform", Kilianpreßg, Noske usw. setzten sie den Demokraten nichts entgegen. Die etwas komisch und sehr kindisch anmutenden Ausführungen des Referenten über die Sozialisierung ließen diese Sozialisierungsvorkämpfer vollkommen ungeschoren. Herr Riedel führte das alberne Gleichnis von der Gewinnverteilung der A. E. G. und dem Kopfanteil von 9½ Pf. pro Tag an. Bei seinen Zwischenrufen entpuppte sich Herr Lemck am Schluß sogar noch als Mundanwalt der französischen Chauvinisten, indem er, als auf das gewiß nicht sozialistenfreundliche Verhal en der französischen Imperialisten und der altfranzösischen Presse mit ihren Gemeinbeuten und Brutalitäten gegen unser Vaterland hingewiesen wurde, laut in den Saal schrie: „Die haben Recht!" (Wohl weil sie die Macht haben, Herr Lemck?) In seinem Schlußwort, bei dem er oft durch erregte Zwischenrufe unterbrochen wurde, betonte Herr Riedel nicht ganz zu Unrecht, daß die Politiker, die ihre Tätigkeit auf dem Felde der Politik nur lediglich zum Hetzen und radikalen Phrasendreschen ausüben, die festesten und treuesten Schildknappen der Reaktion seien.

* **Flüchtlingsfürsorge.** Zur Schaffung von Unterlagen für die beim städt. Arbeitsamt seit 1. September d. J. bestehende Abteilung Flüchtlingsfürsorge für Reichsdeutsche erscheint an die in der Stadt Halle wohnenden, infolge feindlicher Einwirkung aus den besetzten Gebieten Vertriebenen und Auslandsflüchtlinge (Auslandsdeutsche) das Ersuchen, baldigst der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 55 Hof I, mitzuteilen: Vor- und Zuname, Stand, wo und seit wann hier wohnhaft, wann und aus welchen Gebieten (Ort) ausgewiesen, Zahl der zu versorgenden Familienangehörigen, aus welchen Gründen in Halle Wohnsitz genommen (Ueberweisung von den Grenzübernahmestellen, Verletzung, Arbeitsaufnahme, Unterkunft bei Verwandten usw.)

* **Arbeitsnachweis.** Der Bischof von der Schornsteinfegerzwangsinnung und dem Lokalverein der Schornsteinfegergesellen für den Regierungsbezirk Merseburg unterhaltene Arbeitsnachweis ist aufgehoben und jetzt dem Städt. Arbeitsamt Halle, Abteilung für Facharbeiter, Salzmannstraße 2, Telefon 5487, angeschlossen.

Deutsche Sprache und Zukunft. Ueber diesen zeitgemäßen Gegenstand spricht heute abend im Neumarkt-Schützenhaus der bekannte Redner und Schriftsteller Professor Eduard Engel aus Berlin. Der Deutsche Sprachverein hat zu diesem öffentlichen Vortragsabend den berühmten Vorkämpfer für die Reinheit unserer Muttersprache gewonnen, dessen Schriften und Reden von einer leidenschaftlichen Liebe zum Deutschtum getragen sind. Er darf, wie in anderen Städten, auch bei uns ein volles Haus erwarten.

Ausgehobene Spielergesellschaft. In der Nacht zum 23. wurde in der Ludwig-Wucherer-Straße 3, ein Spielklub ausgehoben. Unter den anwesenden 20 Personen beiderlei Geschlechts befanden sich Angehörige aller Berufe und Gesellschaftsklassen. Die Namen der Anwesenden wurden festgestellt und die Spielgeräte beschlagnahmt. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

* **Stoffdiebstahl.** Am 22. d. Mts. abend zwischen 8½ und 9¾ Uhr sind aus einem Geschäft in der Magdeburger Straße 8 große Ballen Damenkleiderstoffe und einige andere Sachen gestohlen worden. Wem Leute mit großen Paketen in der genannten Straße und deren Nähe aufgefallen sind oder wer andere sachdienliche Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

* **Diebstähle.** In vorletzter Nacht wurde die Schaufensterscheibe eines Herrengarderobegeschäftes in der Rudolf-Hagm-Straße eingeschlagen und aus dem Schaufenster Stoffe im Werte von über 1000 Mk. gestohlen. Der Täter ist noch nicht ermittelt. — Weil er seinem Arbeitgeber für über 2000 Mk. Leder gestohlen hatte, wurde der Zuschneider Otto Z. wegen Diebstahls, seine Braut wegen Hehlerei festgenommen.

Aus der Provinz.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer für den Regierungsbezirk Merseburg.

Alle auf dem Boden der S. P. D. stehenden Kollegen werden hiermit zum Beitritt eingeladen. Jahresbeitrag: 3 Mark. Diesbezügliche Bekanntgaben erfolgen in der „Volksstimme" und im „Der freie Lehrer". Beitrittserklärungen an P. Wilke-Halle, Meckelstraße 14 b.

Naumburg. Neuwahl von Magistratsmitgliedern. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde für den ausgeschiedenen Stadtverordnetenvorsteher General Schwartz dessen Stellvertreter Oberlandesgerichtsrat Cludius gewählt. Dann wurden die neuen Stadträte in ihre Aemter eingeführt, dabei die Gen. Manthey und Bethge. Die U. S. P., der entsprechend ihrer Vertretung ein Sitz im Magistrat zustand, hat nachdem zunächst mit großem Elan die Neuwahl des Magistrats verlangt worden war, ihre Wählerschaft um die Vertretung im Magistrat dadurch geprellt, daß man sich bis zum Tage der Wahl nicht auf den Kandidaten einigen konnte. Ebenso verzichtete die Fraktion der U. S. P. zugunsten ihrer Wähler auf die Sitze in den außerordentlich wichtigen Steuerkommissionen. — Zu einer lebhaften Debatte kam es beim Verkauf von einem städtischen Grundstück am Güterbahnhof an den Stadtverordneten Reinsberger. Unsere Genossen standen auf dem Standpunkte, es dürfe von der Stadt kein Zipfel Land mehr verkauft werden. Die Bankiger der alten Haus- und Grundbesitzerpolitik reaten sich auf und bei der Abstimmung wurden diese verknöcherten Hausagrarier von der U. S. P. wirkungsvoll unterstützt. — Die U. S. P. im Fahrwasser der Grundstücksmakler — aber sie sind radikal bis auf die Knochen. — Ueber unsere Anfrage betr. Bekämpfung der Lustseuche kam es zu einer längeren Aussprache. Der Magistrat sagte bereitwilligste Unterstützung zu. Die vom Stadtverordneten Dr. Ehrhardt an den Magistrat gerichtete Anfrage über die städtische Gesundheitspflege verlangte vor allen Dingen, daß das bisher zur Kaserne benutzte neue städtische Krankenhaus seiner Bestimmung zugeführt würde. — Der Ratskeller wurde zur 12 000 Mark und das Schützenhaus für 6000 Mark an die bisherigen Pächter weiterverpachtet.

Eisleben. 50 Jahre Buchdrucker. Auf ein 50jähriges Berufsjubiläum konnte am vorletzten Sonnabend unser Genosse Fritz Schorler zurückblicken. Es war für ihn ein Freudentag und Ehrentag. Wohlgelungen war die festliche Schmückung seines Arbeitsplatzes und in mehrerlei Gestalt waren Geschenke und Glückwünsche. Der alte Jubilar, er möge sich noch eines langen Lebensabends und noch über der gegenwärtigen Zeit hinaus sich einer lichtvolleren Zukunft erfreuen.

Eisleben. Volkskonzert. Das vor einigen Tagen hier veranstaltete dritte Volkskonzert war das erste, welches in geschlossenem Raum stattfand. Einem hervorragend zusammengestellten Programm mit mustergültigen Leistungen der Berglapelle stand ein geradezu beschämen er Besuch gegenüber. Der große Saal war nur mäßig besetzt, in seiner gähnenden Leere wirkte er furchtbar nüchtern. Dennoch ließ sich die Berglapelle in ihren Leistungen nicht beeinflussen. Herr Kapellmeister Hahn trug zwei Violinsolo vor, die von großer Willenskraft, den Intentionen der Komponisten gerecht zu werden, Zeugnis ablegten. Nährendbessen dirigierte der berühmte Kapellmeister Ferd. Reiser, ein Sohn unserer Stadt. Als Volksgenosse sollte man nicht nur Gewicht auf den Umfang legen, die Werke unserer großen Meister von musikalischen Standpunkte aus beurteilen zu müssen, auch der Laie wird die großen Tonwerke leichlich „empfinden", ohne von den einzelnen Fis, Moll, Dur und dergl. fachmännische Kenntnis zu besitzen. Also hinein in die Volkskonzerte zum Massenbesuch, aber auch die Spitzen der Behörden mit voran! Damit wenigstens, da die „bürgerlichen" Kreise diese Konzerte auch „schneiden", auf jene Seite kein Vorwurf zu fallen braucht.

Stolberg (Harz). Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend sprach Gen. Drescher-Halle über „Die Tätigkeit der Nationalversammlung und die Sozialdemokratie." Wenn wir auch nicht voll und ganz von der Tätigkeit der Nationalversammlung befriedigt sind, so liegt das daran, daß wir keine sozialdemokratische Mehrheit haben. Schuld daran sind die U. S. P., die die Spaltung der Sozialdemokratie herbeigeführt haben. Leider mußten die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen in der Regierung ein Kompromiß abschließen, um überhaupt lebensfähig zu bleiben. Von den anwesenden Unabhängigen machten verschiedene ihre angelernten Zwischenrufe. In der Diskussion schwiegen jedoch alle diese Maulhelden fein still, und so fand die gut besuchte Versammlung ohne gegnerische Diskussionsreden ihr Ende.

Stolberg (Harz). Mitgliederversammlung. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Genosse Drescher über Vereinsangelegenheiten. Er wies weiter darauf hin, daß unser Parteiorgan, die „Volksstimme", viel mehr gelesen werden müsse. Dem Antrage eines Mitgliedes, daß der Kampf mehr nach rechts als nach links geführt werden müßte, erwiderte Genosse Drescher, daß wir uns nach links nur in der Abwehrstellung gegenüber der U. S. P. befinden, da wir uns nicht als Prügelknaben behandeln lassen könnten. Mit einem kräftigen Appell an die Genossen, treu zur Fahne zu halten, und sich nicht irre machen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Erfurt. Einwohnerzahl. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung hatte Erfurt am 2. Oktober 128 724

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0006

Einwohner, einschließlich der Militärpersonen. Am Jahre 1905 besaß Erfurt erst 98 847 Einwohner. Am Jahre 1910 zählte es ohne Abrechnung 111 498 Personen; Abrechnungen zählte damals etwa 12 000 Einwohner. Trotz der Abnahme an Militärpersonen hat sich die Bevölkerung Erfurts also erheblich vermehrt.

Verbrecherische Anschläge auf einen Zug.

Osnabrück, 23. Oktober. Auf den Nachtschnellzug Bremen—Osnabrück D 92 sind in den beiden letzten Nächten Anschläge verübt worden. In der vorletzten Nacht wurde an einer einsamen Stelle in der Nähe des Blockes Meyerhöfen—Lemförde, zwischen Vohnte und Lemförde, eine Schiene gelöst und zur Seite geschoben. Anscheinend konnten die Verbrecher die mehr als 20 m lange Schiene nicht über die kleine Erhöhung der Unterlage hinwegbewegen, sonst wäre ein Unglück unvermeidbar gewesen. In der verflossenen Nacht wurde eine schwere Eisenbahnschwelle über das Gleis gelegt. Das Zugpersonal bemerkte das Hindernis, als bereits die Maschine und der Postwagen über die Schwelle hinweggefahren waren und diese sich zwischen den Rädern verfangen hatte. Der Zug konnte zum Stehen gebracht werden. Die Kriminalpolizei entsandte mehrere höhere Beamte nach Vohnte zur Untersuchung.

Hamburg. Die Heilsche Süße. Am Dienstag hatten sich die berüchtigte Hamburger Süßefabrikant Heil und seine Betriebsleiterin in Hamburg vor Gericht zu verantworten. Das Gerichtsgebäude ist militärisch besetzt und bewacht, jedoch machen sich keinerlei Unruhen bemerkbar. Es sind ungefähr 150 Zeugen und 15 Sachverständige zu vernehmen, und die Verhandlung dürfte sich einige Tage hinziehen. Der erste Tag brachte die Vernehmung der beiden Angeklagten, sowie den Beginn der Beweisaufnahme. Heil macht den Eindruck eines kleinen Provinzbürgers. Er ist sehr geschäftstüchtig und redegewandt. Er führt seine Sache meist selbst, bestreitet entschieden, gesundheitsschädliches Material verarbeitet zu haben und weiß sehr geschickt alle ihn belastenden Momente auf das Konto seiner im gleichen Hause befindlichen Gerberei zu schieben. Von den Verhandlungen des ersten Tages ist bemerkenswert, daß die drei Personen vernommen wurden, die als erste an dem fraglichen Tage mit Heil sprachen und die Fabrik besichtigten. Diese sind einstimmig der Ueberzeugung, daß Heil sich schuldig gemacht habe. Vor allem der Arbeiterrat Walter macht stark belastende Aussagen. Er hatte in der Fabrik eine widerliche Masse gefunden, die schon in Verwesung übergegangen zu sein schien. Demgegenüber steht die Aussage eines Sachverständigen, der die ihm überbrachten Beweisstücke als nicht gesundheitsschädlich bezeichnete. Man darf auf den weiteren Verlauf des Prozesses gespannt sein.

Gewerkschaftliches.

14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Fortsetzung des neunten Verhandlungstages.

Ein Antrag auf Ausschließung von Mitgliedern, die den Regierungstruppen beitreten, wird abgelehnt. Bei Antrag 244, der den Vorsitz im Vorstand regelt, kommt es zu tumultartigen Szenen. Dem Vorsitzenden Brandes wird Parteinahme zugunsten seiner Gesinnungsgenossen vorgeworfen.

Die Bezirke des Verbandes sollen mit Rücksicht auf die politische Umgestaltung Deutschlands und die Veränderung des Verbandes in anderer Weise eingeteilt werden. Die Bezirkseinteilung der Bezirke wird dem Vorstand und dem erweiterten Beirat übertragen.

Eine lebhafte Debatte entsteht bei den Anträgen über die Anstellung und die Neuwahl der Beamten. Dem Vorstand soll das Beförderungsrecht der Ortsverwaltungen genommen werden.

Es folgen die Vorstandswahlen. Gewählt werden als Vorsitzender Brandes (U. S. P.), Dissmann (U. S. P.) und der seitherige 2. Vorsitzende Reichel (S. P.), ferner der seitherige 1. Kassierer Werner, als 2. Kassierer Schäfer, Leipzig (U. S. P.), als Sekretäre F. Sickert, Hamburg (U. S. P.), Heinr. Schlisstedt, Remscheid (U. S. P.), Otto Tost, Berlin (U. S. P.), und der seitherige Sekretär Herm. Zeminde (S. P.). Die Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung" übernehmen R. Müller, Berlin und P. Hanke, Kiel (U. S. P.). Die seitherigen Ausschußvorsitzenden werden nicht wieder gewählt, an ihre Stelle treten Lang und Baumann, Frankfurt a. M. (U. S. P.).

Zu dem in Aussicht stehenden Internationalen Metallarbeiter-Kongreß werden neun Delegierte bestimmt. Darauf wird die Statutenberatung fortgesetzt. Von den Beiträgen der männlichen Mitglieder sind 25 Pfennig, von denen der weiblichen Mitglieder 10 Pfennig für örtliche Zwecke verfügbar. Für Statutenänderungen ist, wie leider, eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig. Eine lebhafte Debatte entzündet sich bei § 38 des Statuts, der die Streiks regelt.

Das neue Statut soll am 1. Januar 1920 in Kraft treten, die erhöhte Streik- und Gemaßregelunterstützung wird sofort wirksam.

Die weiteren Verhandlungen werden am Dienstag vertagt.

Sechster Verhandlungstag.

Die Rechnungskommission erstattet Bericht über ihre Beratungen zu den Diäten der Bezirksleiter und der Entschädigung des Ausschusses. Die Diäten der Bezirksleiter werden auf 30 Mark festgesetzt, dem Ausschuß wird eine Entschädigung von 3000 Mark bewilligt. Es folgt der Bericht der Beschwerdekommission. Die politische Tendenz, die den Verbandstag beherrscht kommt auch bei der Erledigung der Beschwerden zum Ausdruck. Besonders bei einer Beschwerdesache Fromm, Leipzig, in der sämtliche Instanzen und selbst die Beschwerdekommission, die in ihrer Mehrheit aus U. S. P. Leuten bestand, für Fromm entschieden, kam der Verbandstag zu der Ansicht, daß der Fall von einer anderen Untersuchungskommission geprüft werden soll. Nach der Abstimmung erklärt Haasenkamp, daß er noch seiner Versammlung beigewohnt habe, die so skrupellos und gewissenlos in ihren Handlungen sei, wie der Verbandstag. Diese Erklärung ruft einen ungeheuren Tumult hervor und der Vorsitzende Brandes weist die Vorwürfe zurück, wobei er allerdings selbst sagen muß, daß man dahingestellt lassen müsse, ob die Beschlüsse der G. V. richtig sind.

Von Kummer und Genossen wird der G. V. folgende Entschließung unterbreitet:

Die erste Vorbedingung für den Erfolg unseres Verbandes ist seine organisatorische Geschlossenheit und zahlenmäßige Stärke. Aus diesem Grund hat die 14. Generalversammlung beschlossen, die Vereinigung aller in der Metallindustrie Beschäftigten mit ganzer Kraft zu fördern.

Diese Bestrebung aber wird erschwert, wenn nicht ganz vereitelt, durch die Aufsplitterungsversuche sogenannter Syndikalisten. Seit einiger Zeit wird in steigendem Maße von Mitgliedern als auch von außerhalb des Verbandes stehenden Personen — Syndikalisten — in Wort und Schrift zum Austritt aus dem Verband und zur Gründung von Sonderorganisationen aufgefordert. In Anbetracht dieser Tatsachen fordert die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Vorstand wie die Mitglieder auf, diesen Bestrebungen der Syndikalisten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer solche Bestrebungen unterstützt, oder ihnen Vorschub leistet, ist als Schädiger der Verbandsinteressen zu behandeln. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und einer Konkurrenzorganisation sein.

Die Entschließung zeitigt eine Debatte zwischen Unabhängigen und Kommunisten und wird schließlich angenommen mit einer von R. Müller beantragten Einschaltung in der ersten Zeile: Die neue Kampf- und Organisationsbasis. Als Tagungsort der nächsten Generalversammlung wird Jena bestimmt.

Nach einer Schlußrede von Brandes wird die Generalversammlung geschlossen. Sie steht in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung einzig da. Für die weitere Entwicklung des Verbandes und für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen bringt die Tagung bis jetzt noch nicht übersehbare Nachwirkungen.

Die seitherige Opposition, die nunmehr die Mehrheit im Vorstand des Verbandes hat, wird — allem Vorhergegangenen nach — ihre politischen Ziele nachdrücklich weiter verfolgen und es ist zu befürchten, daß der Metallarbeiter-Verband zu einem Tummelplatz politischer Leidenschaften wird und daß die praktischen Fragen und Ziele, die der Verband seither verfolgte, dadurch in den Hintergrund gedrängt werden.

Gewerkschaft der Lokomotivführer.

Der außerordentliche Verbandstag des Vereins deutscher Lokomotivführer hat beschlossen, durch Zusammenfassung aller bestehenden Lokomotivführerorganisationen eine Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer zu gründen. Einen Zusammenschluß mit dem Deutschen Eisenbahnerverband hielt der Verbandstag nicht für zweckmäßig, weil zwischen den Arbeitern und den Beamten grundsätzliche Unterschiede in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung bestehen, weshalb die Interessen der Arbeiter und Beamten nicht durch ein und dieselbe Organisation vertreten werden könnten. Es wurde jedoch betont, daß man keineswegs einen Gegensatz zwischen Arbeitern und Beamten konstruieren wolle, daß die Gewerkschaft der Lokomotivführer in parteipolitischer Hinsicht Neutralität wahren, die Interessen ihrer Mitglieder mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes vertreten und auch auf das Streikrecht nicht verzichten werde.

Von der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

Die italienische Gewerkschaftszentrale beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Anregung, die gewerkschaftlichen Mittel in einem eigenen Bankinstitut zu vereinen. Weiter wurde die Notwendigkeit betont, bei in Aussicht stehenden größeren Kämpfen vorher einzugreifen, sowie während derselben eine Kontrolle auszuüben und die Leitung zu übernehmen. Man könne nicht mehr damit zufrieden sein, nachdem der Kampf ausgeb ochen und das unabweisbare Bedürfnis nach Unterstützung vorliege, nur als Rotes Kreuz in Anspruch genommen zu werden. Die Frage soll dem nächsten Gewerkschaftskongreß vorgelegt werden.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Erhöhung von Winterkartoffeln. Am Sonnabend, den 25. ds., von 8—11 Uhr vorm. und 1—3 Uhr nachm. können diejenigen Haushaltungen in der städtischen Kartoffelausgabestelle Steinlagerplatz (Eingang Freimfelder Straße) ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsscheine mit den Nummern (mit roter Tinte ausgefüllt) 131—242 versehen sind. Der Preis für den Zentner beträgt 11 Mark. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Kartoffeln auf einmal im ganzen abzuholen sind. Die Bezugsscheine sind hierbei abzugeben.

12 Mark der Zentner zugefahrener Kartoffeln. In Ergänzung der Bekanntmachung vom 13. ds. beziehend die zur Winterlagerung bestimmten Kartoffeln für Haushalte wird bekanntgegeben, daß der Preis für den Zentner der durch städtische Händler zugefahrenen Kartoffeln 12 Mark beträgt.

Versorgung mit Lebensmitteln. In der Woche vom 27. Okt. bis 2. November 1919 können auf die Marke 6 der grünen Kartoffelkarte 5 Pfund Kartoffeln geliefert werden. Der Preis für das Pfund beträgt 13 Pf. Der Verkauf erfolgt vom Montag bis einschließlich Donnerstag. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Freitag abzuliefern. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person eines Haushalts: 150 Gramm Erbsen, ½ Pfund Kunsthonig. Aderbohnen und lose Gurken sind in beschränkter Menge in jedem Geschäft zu haben.

50 Gramm Butter, 50 Gramm Margarine. In der Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1919 werden auf den Abschnitt 44 der Fettkarte für jede Person eines Haushalts 50 Gr. Butter zum Preise von 65 Pf. und auf den Abschnitt 421 des Warenbezugsscheines 26 50 Gr. Margarine abgegeben. Der Preis der Margarine wird zum Ausgleich des durch ein Versehen der Zentralstelle in der Vorwoche zu hoch berechneten Preises auf 25 Pf. für 50 Gramm herabgesetzt. Der Einkauf hat in den Geschäften zu erfolgen, in denen die Käufer zur Butterkundenliste und nicht zum Warenbezug angemeldet sind. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 3. November, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Sprotten in Oel in der Talamtschule am Sonnabend, den 25. Oktober 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001—72 500 vorm. von 8— 1 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes eine Dose Sprotten in Oel zum Preise von 3 Mark abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren in der Talamtschule am Sonnabend, den 25. Okt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 65 001—72 500 vorm. von 8—1 Uhr. Es kann auf jeden Abschnitt Q des besonderen Bezugsscheines für Jugendliche von 12—17 Jahren ein Paket Gerstenmehl zum Preise von 40 Pfennigen abgegeben werden. Die neue Lebensmittelkarte ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Erbsen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Erbsen am Sonnabend, den 25., und am Montag, den 27. Oktober, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 24. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.

Kartoffelabgabe.

Abschnitt 2 der Kartoffelkarte kann von Freitag früh ab im Keller der alten Brauerei gegen vorherige Bezahlung im Lebensmittelamt eingelöst werden. Die Einlösung im Lebensmittelamt erfolgt in der Zeit von 8—½1 Uhr, und der Verkauf der Kartoffeln von 8—11 und von 2—5 Uhr. Auf die Karte gibt es 7 Pfund und je Karte kostet 65 Pfg.

Der Magistrat. Heinrich.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 20 des Lebensmittelscheines kann ½ Pfund Honig auf die Person entnommen werden. Das Pfund kostet 80 Pfg.

Bitterfeld, den 22. Oktober. Der Magistrat. Richter.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Steuerzahlung.

Die für das Vierteljahr Oktober/Dezember d. J. fällig werdenden Einkommen- und Steuern sind spätestens bis 15. Nov. d. J. an die hiesige Stadtsteuerkasse während der Zeit Werktags von vormittags 8 bis nachmittags 1 Uhr zu zahlen.

Um übermäßigen Andrang und längeres Warten möglichst zu vermeiden, empfehlen wir im eigensten Interesse der Steuerzahler die genaue Innehaltung der nachstehenden Straßeneinteilung:

Am 1. November: Amtsstraße, Am Bad, Bahnhofstraße, Wärterhaus Bahnstrecke Weißenfels—Naumburg und Wärterhaus Bahnstrecke Weißenfels—Zeitz, Berastraße, An der Beude, Bei Beudisk, Beudisstraße, Beudisvorstadt, Bismarckstraße, Blücherstraße, Am Blümer, Brauhausgasse, Brunnengasse, Marienstraße, Markt, Am Markt, Marktgasse und Marktwerbener Straße.

Am 3. November: Große und Kleine Burgstraße, Dammstraße, Große und Kleine Deichstraße, Feldstraße, Feldweg an der Merseburger Straße, Fischgasse, Am Forsthause, Francolostraße, Merseburger Straße, Mittelstraße, Mühlberg, Mühlweg und Müllnerstraße.

Am 4. November: Friedenstraße, Friedrichsplatz, Friedrichstraße, Fuhlenstraße, Georgenberg, Georgenbergstraße, Goethestraße, Krumme Gasse, Gustav-Adolf-Straße, Gutenbergstraße, Naumburger Straße, Neuerstraße, Neumarkt und Nikolaistraße.

Am 5. November: Hagenschlatstraße, Herderstraße, Am Herrenberg, Herrmannsgraben, Heuweg, Himmelbett, Hirlemannsplatz, Hirlemannsstraße, Hohestraße, Holländerstraße, Hospitalstraße, Roßstraße, Kopalistraße, Oelsenstraße, An der Pfeffermühle, An der Pforte, Promenade, Promenadengasse, Roonstraße, Rudolf-Göthe-Straße und Saalstraße.

Am 6. November: Johnstraße, Jüdenstraße, Große u. Kleine Kalandstraße, Am Kämmereiholzhofen, Katharinenstraße, Schiefhausstraße, Schillerstraße, Am Schirnhügel, Am Schlachthof, Schlachthofstraße, An der Schleuse, Schloßgasse und Saalstraße.

Am 7. November: An der Kirche, Kirchgasse, Klingenplatz, Am Kloster, Klosterstraße, Körnerstraße, Am Kruge, Am Kruge, Schützenstraße, Schleuserstraße, Sendlistraße, Soldatenweg, Sportplatz, Am Stadtgraben, Starckesche Privatstraße, Storlauerstraße, Straße A—N, An den Saalen und Tagewerbener Straße.

Am 8. November: Kubaistraße, Am Kugelberg, Ladegastraße, Langendorfer Straße, Tauchlitzstraße, Töpferdamm, Uhlandstraße, Waltherstraße, Weg nach Burgwerben, Weg nach der Martinsmühle und Weinberstraße.

Am 10. November: Leipziger Straße Alte Leipziger Straße, Leopold-Kell-Straße, Lessingstraße, Lutherstraße, Wielandstraße, Zeitzer Straße und Zimmerstraße.

Die Steuerbeträge können auch durch die Post portofrei an die Stadtsteuerkasse eingesandt werden. Bestellgeld ist dabei nicht zu entrichten. Auf dem Postabschnitte ist die aus dem Steuerzettel ersichtliche Nummer der Heberolle und die Zeit, für die der eingesandte Betrag zu verrechnen ist, anzugeben.

Ebenso können die Steuerbeträge durch die Reichsbank, den Weißenfelser Bankverein und sonstige Banken überwiesen werden. Von diesen Ueberweisungen ist der Stadtsteuerkasse unter der Angabe der Heberollennummer und der Zeit, für die die überwiesenen Beträge verrechnet werden sollen, besondere Mitteilung zu machen. Außerdem kann die Zahlung im Girovertehr bei der hiesigen Stadtsparkasse erfolgen.

Ferner besteht für die hiesige Stadtsteuerkasse bei dem Postscheckamt Leipzig ein **Postscheckkonto Nr. 9357.**

Die Inhaber von Postscheckkonten können die für sie veranlagten Steuerbeträge durch Ueberweisung von ihrem Konto auf das Konto der Stadtsteuerkasse zahlen oder durch Vermittlung der genannten Kasse überweisen lassen. Inhaber von Postscheckkonten, die von dem zuletzt genannten Verfahren Gebrauch machen wollen, werden ersucht, der hiesigen Stadtsteuerkasse folgende Mitteilung zu übersenden:

„Ich bin damit einverstanden, daß die zu Hebebuch Nr. ... zu entrichtenden Steuern jeweilig durch Abschreibung von meinem Postscheckkonto Nr. ... berichtigt werden."

Diese Mitteilung braucht nicht bei jedem Heberermine wiederholt zu werden, sie wird vielmehr solange als gültig angesehen werden, als von dem Inhaber des Postscheckkontos nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt wird. Voraussetzung ist natürlich, daß das Postscheckkonto ein Guthaben in der Höhe des zu zahlenden Steuerbetrages aufweist.

Auch die übrigen Steuerzahler können die veranlagten Steuerbeträge mittels Zahlkarte an dem Postschalter auf das Postscheckkonto der Stadtsteuerkasse unter Angabe der auf dem Steuerzettel vermerkten Heberollennummer einzahlen.

Bei der Knappheit des Wechselgeldes, besonders der Kupfermünzen, sehen wir uns genötigt, bei der Erhebung der Steuern die einzelnen Steuerbeträge auf volle Mark nach oben abzurunden. Die endgültige Berechnung der dadurch etwa zuviel gezahlten Beträge findet alsdann im letzten Steuervierteljahr — Februar nächsten Jahres — statt.

Weißenfels, den 20. Okt. 1919. **Der Magistrat.**

Verkauf von amerikanischem Schweinefleisch.

Von Sonnabend früh ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 3 Buttermarke Verkauf von amerikanischem Schweinefleisch statt.

Fleischermeister Seidel, Saalstraße, Nr. 1—680; Wagner, Bergstraße, 881—1060; G. Werner, Merseburger Straße, 1761 bis 2640; Rauhardt, Naumburger Straße, 2641—3520; W. Würfel, Taqewerbener Straße, 3521—4400; O. Bach, Nikolaistraße, 4401—5280; Lennert, Kubaistraße, 5281—6160; Ernst, Mia 11, 6161 bis 7040; Schmidt, Katharinenstraße, 7041—7920; Schmidt, Langendorfer Straße, 7921—8800; Jacobi, Nikolaistraße, 8801 bis 9680; Röhrich, Klosterstraße, 9681—10560; Hartmann, Beudisstraße, 10561—11440; Conrad, Friedrichsplatz, 11441—12320; Herzfeld, Nikolaistraße, 12321—13200; Kurze, Langendorfer Str., 13201—14080; Schader, Kalandstraße, 14081—14960; Kathe, Leipziger Straße, 14961—15840; Würfel, Zimmerstraße, 15841—16720; Schirmer, Beudisstraße, 16721—17600; Zweig, Gr. Burgstraße, 17601—18480; O. Werner, Schloßgasse, 18481—19360; Ruth, Beudisstraße, 19361—20240; Bergmann, Beudisstraße, 20241 bis 21120; Dose, Naumburger Straße, 21121—22000; Petzi, Friedrichsplatz, 22001—22880; Irmisch, Leipziger Straße 22881—23760; Hecht, Taqewerbener Straße, 23761—24640; Seidel, Jüdenstraße, 24641—25520; P. Helm, Jüdenstraße, 25521—26400; Trommer, Beudisstraße, 26401—27280; C. Bach, Nikolaistraße, 27281 bis 28160; Seidel, Burgstraße, 28161—29040; Schreder, Merseburger Straße, 29041—29920; Helm, Naumburger Straße 29921—30800; Thal, Zeitzer Straße 30801—31680; Keck, Merseburger Straße, 31681—32500; Vogler, Merseburger Straße, 32561—33440; Schieck, Jüdenstraße, 33441 bis Schluß.

Auf jede Marke werden 125 Gramm zum Preise von 1,05 M. abgegeben.

Bei Abgabe der Buttermarken ist die Stammkarte vorzuzeigen.

Weißenfels, den 22. Okt. 1919. **Der Magistrat.**

Oktober-Zuckermarken, für welche hiesige Haushaltungen infolge der Versorgungsstockungen keinen Zucker erhalten konnten, werden von nächsten Dienstag ab bis spätestens Sonnabend, den 1. 11. 19 im städt. Ernährungsamt, Klosterstraße 8, gegen Novembermarken umgetauscht, die nach den bestehenden Vorschriften nicht vor dem 1. November von den Kleinhändlern beliefert werden dürfen. Die Oktobermarken haben nach Anordnung der Provinzialzuckerstelle mit dem 20. Oktober ihre Gültigkeit verloren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0007

Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft Berlin.
Hallesche Aktien-Bier-Brauerei Halle a. S.

Die Generalversammlung unserer Gesellschaft und der Halleschen Aktien-Bier-Brauerei, Halle a. S., haben am 30. August und am 15. September 1919 beschlossen, den zwischen den Vorständen beschlossenen Verschmelzungsvertrag zu genehmigen, welcher die Uebernahme des Vermögens der Halleschen Aktien-Bier-Brauerei als ganzes durch uns unter Ausschluß der Liquidation gemäß §§ 305 und 306 H. G. B. zum Gegenstand hat in der Weise, daß für je 10 000 M. Stammaktien und für je 4 000 M. Vorzugsaktien der Halleschen Aktien-Bier-Brauerei mit Dividendenschein für das Geschäftsjahr 1918/19 eine neue Engelhardt-Aktie zu je 1000 M. mit Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1919/20 gewährt und auf jede Engelhardt-Aktie eine Barzahlung von 75 M. geleistet wird.

Nachdem diese Beschlüsse der Generalversammlungen und die erforderliche Kapitalserhöhung unserer Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir die Inhaber der Aktien der Halleschen Aktien-Bier-Brauerei hiermit auf, ihre Aktien mit Dividendenscheinen für das Geschäftsjahr 1918/19 und ff. arithmetisch geordnet, mit doppeltem Nummernverzeichnis zum Umtausch bei dem Bankhause Reinhold Steckner, Halle a. S., einzureichen.

Die Einreichung der Halleschen Aktien-Bier-Brauerei-Aktien zum Umtausch hat innerhalb der Frist

vom 29. Oktober 1919 bis 29. Februar 1920

zu erfolgen.

Die Aktien der Halleschen Aktien-Bier-Brauerei, die innerhalb der festgesetzten Frist zum Umtausch nicht eingereicht worden sind, werden für kraftlos erklärt. Das gleiche gilt in Ansehung eingereichter Aktien, welche die zum Ersatz durch unsere Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt werden. Die an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszugebenden neuen Aktien unserer Gesellschaft werden für Rechnung der Beteiligten verkauft werden. (§ 290 H. G. B.). Die Einreichungsstelle ist bereit, auf Antrag die Verwertung eingereichter Aktienbeträge die dem oben angegebenen Tauschverhältnis nicht entsprechen, zu vermitteln.

Die erforderlichen Formulare sind bei der Umtauschstelle erhältlich.

Berlin, den 24. Oktober 1919.

Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft.
Nacher. 9466

C.-T.-Lichtspiele

Grosse Ulrichstrasse 51.

Ab Freitag, den 24. Oktober, täglich! Erstaufführung für Halle!

Ein grosses Lebensdrama in 6 Akten

Manon Lesceaut

„Dornenwege der Liebe".

In der Hauptrolle:

Lya Mara.

Ferner:

„Eine Nacht gelebt im Paradiese".

Ein reizendes Lustspiel in 4 Akten mit

Reinhold Schünzel in der Hauptrolle.

Wochentags Einlass 1/2 4 Uhr, Anfang 4 Uhr. **Sonntags** Einlass 1/2 3 Uhr, Anfang 3 Uhr.

Des grossen Andranges wegen bitten wir die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Soeben wieder eingetroffen:

Friedrich Engels

Die Entwicklung des Sozialismus

von der Utopie zur Wissenschaft.

Preis: brosch. Mk. 2,—.

Buchhandlung der Volksstimme.

Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Berufs-Kleidung

Blaue Jacken

Zellstoff	Leinen	Drell!
2.50	11.50 13.50	16.50

Blaue Hosen

Zellstoff	Leinen	Drell!
2.50	11.50 13.50	16.50

Drell-Joppen für Eisenbahner	21.00
Drell-Schutz-Mäntel grau	54.00
Leinen-Schutz-Mäntel grau	18.50
Gestreifte engl. Lederhosen	33.00
Drell-Schürzen blau	12.25

Winter-Joppen

für Herren	für Jünglinge	für Kinder
von 40 Mk. an	von 26 Mk. an	von 19.50 Mk. an

Stoff-Hosen

von 28 Mark an bis zu den elegantesten.

S. Weiss, Leipzigerstrasse 105/6, Marktecke.

Pa. Kautabak!
Kentucky in Stangen.
Garantie: Nordhäuser Netze.
Nicht ich muß und.
100 Stangen St. —.95
(Mindestquan um),
500 Stangen St. —.94,
1000 „ „ —.92.
Lieferung ab Leipzig per Wertnachnahme.
Stölzel & Renker, Leipzig
Leibnizstr. 2 Ecke Ranstädter Steinweg. 9442
Großhandel mit Tabakfabrikat.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Wo lassen Sie Ihre Kragen Oberhemden und Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der Dampf-Waschanstalt
Halloria
Halle Marienstr. 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.

Bettstellen
Patentmatratzen
Ausziehtische
Nußb.-Bettlos
in großer Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik,
Gr. Märkerstraße 26,
am Ratskeller. 9464

Neu eingetroffen:
Handbuch der Dreherei
Aug. Loß-Halle
80.—90. Tausend.
41.—45. Auflage.
Preis 10,20 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung der „Volksstimme".
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen!

Hohlsaum

saubersten Ausführung in kürzester Zeit.
Br. Lundenberg,
9468 Leipzigerstraße 17.

Der Feind steht rechts!
Arbeiter seid einig!

Zwei Reden von Philipp Scheidemann.

Diese 32 Seiten starke wichtige Agitationsbroschüre ist zum Preise von 40 Pf. durch unsere Austräger oder in der Buchhandlung, Große Ulrichstr. 27 zu beziehen.

Verlag Volksstimme G. m. b. H.

Wohlfeile Winter Waren Woche Wiebachs Schuhwarenhaus

Kleine Ulrichstr. 11 — 12.

Moderne
Zimmerlampen
für elektr. Licht u. Gas sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstrasse 41.
Preisliste gratis.

Amtliche Bekanntmachungen.

Einschränkung des Personenverkehrs an Sonn- und Festtagen.

Ab 26. Oktober dieses Jahres wird der Personenverkehr an Sonn- und Festtagen bis auf einige Nachtschnellzüge und eine Anzahl dem Arbeiter- und Berufsverkehr dienender Personenzüge eingestellt.

Näheres ergeben die Bekanntmachungen auf den Bahnhöfen.

Halle (Saale) im Oktober 1919.

Eisenbahndirektion.

Bekanntmachung.

Vom 25. d. M. ab treten im Fahrplan der Halle-Hettstedter Eisenbahn Aenderungen ein, welche auf den Stationen eingesehen werden können.

Halle, den 22. Oktober 1919. 9471

Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Stellen finden.

Gesucht für sofort 9472

Formleger

für Zetzer Pressen, möglichst Handwerker, sodann einen erfahrenen, tüchtigen

Pressen-Schlosser.

„Grube Barbara", Gräfenhainichen.

Spitzen
Apparate für Frauen erhalten Sie bei
Speer,
Gr. Ulrichstraße 62
gegenüb. Arnold & Trotzsch.

Kaffee-Apparate, Wasserkessel empfiehlt
Speer,
Gr. Ulrichstraße 62
gegenüb. Arnold & Trotzsch.

Gummi-Waren, in bekannter Friedens-Qualität, erhalten Sie bei
Speer,
Gr. Ulrichstraße 62
gegenüb. Arnold & Trotzsch.

Bandagen aller Art erhalten Sie in bester Qualität bei
Speer,
Gr. Ulrichstr. 62,
gegenüb. Arnold & Trotzsch.

Alt-Platin und Quecksilber
kauft
Thermometerfabrik Bergstraße 6.

Der Herren-Ulster
von 165 Mk. an

Der Herren-Anzug
von 185 Mk. an

fertig am Lager
Tadellose Passformen.
Jünglings- und **Knaben-Kleidung**
entsprechend billiger.

G. Assmann
Grosse Ulrichstrasse 49

Man sehe die Schaufenster

Tüchtige
Paletotschneider,
Saccoschneider,
Hosenschneider
für dauernde Beschäftigung bei höchsten Löhnen sucht
Albert Drechsler Nachf.,
Poststrasse 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191024-18/fragment/page=0008